



# DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



## 30 Jahre Deutsche Einheit

Rückblick, Bilanz, Ausblick

**Zwei Länder**  
Deutsch-dänische  
Grenzreise

**Drei Helden**  
„Förde-Detektive“  
ermitteln wieder

**Vier Flaggen**  
Auf dem Dach  
des Landeshauses

## 03 Meldungen

**30 Jahre Deutsche Einheit: Rückblick, Bilanz, Ausblick**

## 05 Feierstimmung 1990

## 06 Rückblick 1990: Der Landtag debattiert über den Einigungsvertrag

## 08 Feierstunde 1990: Mit Freude und Sorgen in die neue Zeit

## 10 Bilanz 2020: Was gut war, was besser werden muss

## 13 Zusammenarbeit im Ostseeraum, Einheit in den Schulen

## 14 Die Flaggen auf dem Landeshaus: Schmuck und Gedenken – heute und früher



Kapitän Nils Junge hisst die Fahnen – zur Plenarsitzung, aber auch zu anderen Gelegenheiten.

## 16 Minderheiten: Landtagspräsident und Regierungschef reisen durchs Grenzland



Die Duborg-Skolen in Flensburg, eines von zwei dänischen Gymnasien im Lande, war eine Station auf der Reise zum 100. Grenzzubiläum.

## 18 Im Zentrum: Der Landtagskalender und weitere Termine für 2021

## 20 Corona im Plenum: „Homeoffice“, Hilfe für Hotels und Veranstalter, Teilhabe von Behinderten

## 22 Plenum: Karstadt schließt Filialen, Infrastrukturbericht, Sportförderung, Demenzplan

## 24 Landeshaushalt: Notfallkredite in Milliardenhöhe

## 25 Personalien

## 26 Ausschüsse: Ministerrücktritt, Pottkieker-Gesetz

## 28 Leichte Sprache: Das Wort Rasse im Grund-Gesetz

## 29 Die Seite für das Ehrenamt

## 30 Das Altenparlament tagt

## 31 Meldungen: Ostseeparlamentarierkonferenz, Platt-Emmi

## 32 Bücher: Die „Förde-Detektive“ ermitteln



Emma, Paul und Nitro gehen zum zweiten Mal auf Spurensuche.

## 33 Lesetipps, Impressum

## 34 Im Porträt: Christian Dirschauer (SSW), Lukas Kilian (CDU)

## 35 Ins Bild gerückt: Zu Besuch im Landeshaus

## 36 Termine, Termine, Termine



## Der Schnappschuss

Die Plastik „Symbol Berlin“ des Bildhauers Georg Fuhg stand im Sommer 1963 vor dem Landtag. Fuhg, Jahrgang 1898, stammte aus Pommern und lebte bis zu seinem Tod 1976 in Neumünster. Mit seinen Bären erinnerte er an das Schicksal der damals geteilten Stadt.

## Titelseite

Feierstimmung vor dem Berliner Reichstag in der Nacht zum 3. Oktober 1990

ZÄHLBARES  
**2014**

In diesem Jahr lag die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland erstmals nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 unter zehn Prozent.

Mehr zur deutschen Einheit ab Seite 5

## Christian Dirschauer neu im Landtag

Neuer Abgeordneter beim SSW: Christian Dirschauer ist in der August-Sitzung von Parlamentspräsident Klaus Schlie verpflichtet worden. Sein Landtagsmandat hatte er bereits



Anfang August angenommen. Der 39-Jährige Flensburger rückt für seinen Parteikollegen Flemming Meyer nach, der nach elf Jahren sein Mandat niedergelegt hatte, um sich stärker um seine Familie zu kümmern. Dirschauer ist zweiter stellvertretender Landesvorsitzender des SSW und war bislang Personalchef im Flensburger Rathaus. Darüber hinaus ist er Landesvorsitzender der Gewerkschaft Komba. Der neue Parlamentarier stammt aus einer Familie der dänischen Minderheit und ist seit seiner Jugend SSW-Mitglied. Im Landtag ist er Mitglied im Wirtschafts-, im Sozial sowie im Umwelt- und Agrarausschuss.

Mehr über Christian Dirschauer auf Seite 34

## Corona-Regel zur Beschlussfähigkeit verlängert

Der Landtag hat die Ausnahmeregelung in seiner Geschäftsordnung, wonach das Parlament im Notfall auch mit nur elf Abgeordneten beschlussfähig ist, bis Ende Oktober 2020 verlängert. Die Entscheidung in der September-Sitzung fiel einstimmig aus. Der interfraktionelle Antrag dazu legt fest, dass die Stärkeverhältnisse der Fraktionen

gewahrt bleiben müssen. Die Regelung war zu Beginn der Corona-Pandemie erlassen worden. So kann der Landtag auch dann zusammenkommen, wenn viele Abgeordnete erkrankt sein sollten. Üblicherweise ist das Parlament mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder beschlussfähig.

## Frank Brodehl verlässt die AfD



Der Abgeordnete Frank Brodehl ist überraschend aus der AfD-Fraktion und aus der Partei ausgetreten. Dies kündigte er am Ende der September-Sitzung an. Grund sei „die Radikalisierung der Partei“. Mit nur noch drei Abgeordneten verliert die AfD den Fraktionsstatus. Auch die Besetzung der Ausschüsse, das Rederecht und der Ältestenrat sind betroffen. Dies sei „ein guter Tag“ für die Demokratie, hieß es aus den anderen Fraktionen. Mehr in der nächsten Ausgabe.

## Kein Volksentscheid zum Schutz des Wassers

Die Volksinitiative zum Schutz des Wassers hat die Hürde für ein Volksbegehren nicht erreicht. Der Landesabstimmungsausschuss stellte Ende Juni 60.443 gültige Unterschriften fest. Um einen Volksentscheid zu erreichen, hätte die Initiative mindestens 80.000 gültige Unterschriften sammeln

müssen. Der Innen- und Rechtsausschuss und das Landtagsplenum stellten daraufhin im August und im September formell fest, dass das nötige Quorum nicht erreicht wurde. Ziel der Initiative war es, das Grundwasser besser vor Risiken der Gas- und Ölförderung zu schützen.

## Wortwörtlich

„Bei der Schließung der Schulen auf dem Höhepunkt der Pandemie haben wir erlebt, dass wir auf digitalen Unterricht noch nicht ausreichend vorbereitet sind. Vor allem haben wir erlebt, dass digitaler Unterricht das persönliche Miteinander im Unterricht nicht ersetzen kann.“

(Tobias Koch, CDU)

...

„Es ist für Lehrkräfte schwer, Schülerinnen und Schülern die Bedeutung der Trennung nach Kohorten zu vermitteln, wenn diese Schülerinnen und Schüler im vollgestopften Bus an- und abreisen – Nase an Nase im Bus von Itzehoe nach Kaisborstel.“

(Martin Habersaat, SPD)

...

„Wird die Schule nächste Woche auf haben oder nicht? Was ist, wenn mein Kind Schnupfen bekommt? Ich kann den Frust der Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler in dieser Sache wirklich sehr gut nachvollziehen.“

(Eka von Kalben, Grüne)

...

„Es wird nicht möglich sein, bis ins letzte Detail alles über Vorschriften, Verordnungen und Erlasse zu regeln. Deshalb appelliere ich an jeden, dass er im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin dazu beiträgt, dass wir alle mit möglichst wenig Blessuren durch diese Krise kommen.“

(Anita Klahn, FDP)

...

„Wenn Sie, Frau Ministerin, die Notwendigkeit und die Geeignetheit der Masken nicht belegen können, wenn Sie also nicht belegen können, dass in Schulen eine ernstzunehmende Gesundheitsgefahr für unsere Kinder lauert und dieser durch Masken sicher begegnet werden kann, dann setzen Sie die Maskenpflicht aus und ersetzen Sie diese durch Freiwilligkeit!“

(Frank Brodehl, damals AfD)

...

„Wenn die Bildungsministerin davon spricht, dass Schule gerade jetzt ein lernendes System sei, dann hat sie recht. Es gab diese Einschränkungen bei uns so noch nie. Manchmal, das sage ich ganz ehrlich, Frau Ministerin, gibt es Tage, an denen ich nicht in Ihrer Haut stecken möchte.“

(Jette Waldinger-Thiering, SSW)

...

„Solange wir mit dem Virus leben, werden immer wieder Verdachtsfälle auftreten, und es wird vorsorgliche Maßnahmen an Schulen geben müssen. Das ist Teil unseres Pandemiealltags. Daran müssen wir uns gewöhnen, und das darf uns eben auch nicht aus der Ruhe bringen.“

(Bildungsministerin Karin Prien, CDU)

”

Aus der Debatte über das Schulsystem während der Corona-Pandemie am 26. August.



## Europäischer Wettbewerb: Erfolge für Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein hat beim diesjährigen Europäischen Wettbewerb gut abgeschnitten. 46 Schülerinnen und Schüler aus 15 Schulen wurden ausgezeichnet – viermal sogar als „beste Arbeit des Themas“. Der Landtag zählt zu den Ausrichtern des Wettbewerbs.

In ganz Deutschland haben sich rund 75.000 Kinder und Jugendliche beteiligt, in Schleswig-Holstein waren es rund 2.500 mit 600 Beiträgen. Mitte September wurden in Lübeck die Gewinner geehrt, die sich sowohl im Landes- als auch im Bundesentscheid durchgesetzt haben. Die „besten Arbeiten“ kamen nach Überzeugung der Jury von Glenna Faraj aus Kiel, Jonte Nagel und Charlotte Teckentrupp aus Lübeck sowie Nina Quäck vom Gymnasium Lütjenburg. Landtagspräsident Klaus Schlie unterstützt den Europäischen Wettbewerb mit Sonderpreisen für jede Altersgruppe: „Es ist für mich ein zentrales Anliegen, dass wir junge Menschen früh an die EU heranführen und sie zu begeisterten Europäerinnen und Europäern machen.“ Der Europäische Wettbewerb ist der älteste Schülerwettbewerb Deutschlands und wird jedes Jahr von der Europäischen Bewegung ausgerichtet. Die 67. Auflage stand unter dem Motto „EUnited – Europa verbindet!“.

## „Krach-Mach-Tach“ bittet zum „Songcontest“

Jedes Jahr während der Kieler Woche lädt Ulrich Hase, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung, zum „Krach-Mach-Tach“: Menschen aus Behinderteneinrichtungen in ganz Schleswig-Holstein



ziehen durch Kiel und trommeln für Inklusion. Wegen der Coronapandemie ist die Veranstaltung in diesem Jahr ausgefallen, aber es gibt Ersatz, den „ersten virtuellen Krach-Mach-Tach-Songcontest“. „Wir bleiben laut für Inklusion, und wir bleiben kreativ“, so Ulrich Hase. Bands aus Schleswig-Holstein sind aufgerufen, den „Krach-Mach-Tach“-Song „Lauter“ der Kieler Band Elephant Party neu zu interpretieren oder das Thema Inklusion in einem eigenen Lied aufzugreifen. Der Song „Lauter“ ist auf YouTube zu hören. Die Lieder sollen bis zum 31. Januar 2021 per Video oder Audio-Datei an das Team des „Krach-Mach-Tachs“ geschickt werden: c/o Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung, Karolinenweg 1, 24105 Kiel, team@krachmachtach.de. Eine Jury wählt unter den Einsendungen die kreativste Performance. Der Gewinner-Band winkt 500 Euro sowie ein Auftritt auf der Bühne des „Krach-Mach-Tach“ während der Kieler Woche 2021.

## Polizeibeauftragte fordert transparenten Führungsstil

Die Polizeibeauftragte Samiah El Samadoni hat Ende Juni ihren Tätigkeitsbericht für den Zeitraum 2016 bis 2018 vorgestellt. Innerhalb dieser zwei Jahre sei sie rund 400 Mal kontaktiert worden.

105 Beschwerden stammten demnach von Bürgern. Dabei ging es etwa um vermeintlich rechtswidrige Maßnahmen der Polizei, um Kommunikationsdefizite oder um Probleme bei Strafanzeigen. In den meisten Fällen seien die Maßnahmen nicht rechtswidrig gewesen, sagte El Samadoni. Oft habe es aber an angemessener Kommunikation auf Augenhöhe gefehlt. „Überraschend“, so El Samadoni, sei die hohe Anzahl an Eingaben aus der Polizei gewesen. Diese hätten etwa drei Viertel der Petitionen ausgemacht. Dabei sei es beispielsweise um Arbeitsbedingungen jenseits der Belastungsgrenze oder um das Gefühl mangelnder Wertschätzung durch den Dienstherrn gegangen. El Samadoni, die auch Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten und Antidiskriminierungsbeauftragte ist, forderte einen von Transparenz, Klarheit und guter Kommunikation geprägten Führungsstil. In der August-Sitzung des Landtages gab es überwiegend Anerkennung für die Arbeit der Polizeibeauftragten – insbesondere von SPD, Grünen und SSW, in deren Regierungszeit das Amt 2017 geschaffen wurde. CDU und AfD kritisierten, dass der Bericht mit fast einjähriger Verspätung vorgelegt worden war. Das Büro der Polizeibeauftragten hatte dies mit hoher Arbeitsbelastung begründet.

## Stiftungsrat der Friesenstiftung kam erstmals zusammen

Der Stiftungsrat der neu gegründeten Friesenstiftung hat sich Ende August in Kiel zur konstituierenden Sitzung getroffen. „Von heute an wird alles, was die friesische Volksgruppe in Schleswig-Holstein betrifft, durch die Friesenstiftung bearbeitet und entschieden“, betonte der Vorsitzende des Rates, Staatskanzleichef Dirk Schrödter. Der Landtag hatte Ende 2019 den gesetzlichen Rahmen für die Stiftung beschlossen. Dem neunköpfigen Stiftungsrat gehören Vertreter des Landes, des Bundes sowie der friesischen Kultureinrichtungen an. Landtagspräsident Klaus Schlie ist als Vorsitzender des Friesengremiums beratendes Mitglied. **Mehr: Landtagszeitschrift 04/2019**



Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU, li.) und DDR-Staatssekretär Günther Krause (CDU) unterzeichnen am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag.



Die Einheitsfeier am Berliner Reichstagsgebäude: Sportler hissen um Mitternacht zum 3. Oktober 1990 vor einer jubelnden Menge die deutsche Flagge.



Rund eine Million Menschen feiern in Berlin die wiedergewonnene Deutsche Einheit – hier mit einem optimistischen Transparent vor dem Brandenburger Tor.



Hemmungsloser Jubel in Berlin, Unter den Linden, in der Nacht der Wiedervereinigung.

## 30 Jahre Deutsche Einheit

Es wurde kräftig gefeiert, als in der Nacht zum 3. Oktober 1990 die DDR der Bundesrepublik beitrug und die deutsche Teilung nach 45 Jahren endete. Neben der Freude gab es aber auch besorgte Stimmen, die vor sozialen Verwerfungen im Osten warnten und eine neue, gemeinsame Identität des zusammenwachsenden Deutschland forderten. Die Bilanz der Sozialforscher fällt nach 30 Jahren durchwachsen aus. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fühlen

sich 60 Prozent der Ostdeutschen als „Bürger zweiter Klasse“, und 84 Prozent sagen, „manche Dinge haben in der DDR besser funktioniert“. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung betont dagegen: „Im vereinten Land ist mittlerweile eine Generation herangewachsen, die Mauer und das Nebeneinander zweier deutscher Staaten nur noch aus den Erzählungen ihrer Eltern oder den Geschichtsbüchern kennt. Nie waren die Menschen in Ost und West in den letzten 30 Jahren zufriedener als heute.“ Wie die Spitzenpolitiker im Landtag auf die deutsche Einheit blicken – damals wie heute –, steht auf den folgenden Seiten.



Feuerwerk am Brandenburger Tor zur Feier der wiedergewonnenen deutschen Einheit.



Polit-Prominenz während der Einheitsfeier (v. li.): Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), Kanzlergattin Hannelore Kohl, Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU).

## Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Kurz vor der Wiedervereinigung ging es im September 1990 um den Einigungsvertrag.

1990:

## Mit Hoffnung und Sorgen in die deutsche Einheit

Freude über die bevorstehende Einheit, Diskussionen über deren konkrete Ausgestaltung und ein unsicherer Blick in die Zukunft – so sah die Stimmung im Landtag aus, als es am 18. September 1990 um den frisch ausgehandelten Einigungsvertrag ging. Zwei Wochen vor der Wiedervereinigung war es umstritten, ob das Grundgesetz überarbeitet werden sollte. Die SPD-Landesregierung warnte vor neuen finanziellen Lasten, und auch die bevorstehenden sozialen Umwälzungen im Osten waren Thema. Wir blicken auf die damaligen Standpunkte zurück und schauen auf einige Entwicklungen der vergangenen 30 Jahren.

„Wenn am 3. Oktober der Staat DDR – wie die Juristen es bezeichnen – untergegangen sein wird, dann wird dies zugleich ein Tag der Freude des ganzen deutschen Volkes sein“, betonte Ministerpräsident Björn Engholm (SPD). Allerdings werde dann auch „die Zeit der Riesenschritte“ vorbei sein, mahnte Engholm. Nach der friedlichen Revolution, dem Mauerfall und den ersten freien Wahlen gehe es nun „runter zu den Mühen der Ebene“.

### Einheit belastet den Landeshaushalt

Für Schleswig-Holstein sagte der Regierungschef erhebliche finanzielle Lasten voraus. Gründe seien die Zahlungen aus dem Landesetat an den neuen „Fonds Deutsche Einheit“ und geringere Einnahmen aus der Umsatzsteuer. All das sei für den Norden „gerade noch akzeptabel“, so Engholm. Das Land dürfe aber nicht weiter „geschröpft“ werden. SPD-Fraktionsvize Ulrich Meyenborg forderte mehr Beiträge der Wohlhabenden: „Ohne Erhöhung der Lasten für die Bürger der Bundesrepublik geht es nicht, jedenfalls nicht ohne Erhöhung der Lasten für die Besserverdienenden.“

„Es ist weder politisch noch geschichtlich noch menschlich gedacht, den Kostenaspekt der Vereinigung gegenwärtig zum zentralen Themazumachen“, hielt CDU-Oppositionsführer Heiko Hoffmann dagegen und warnte vor „Krämergeist“ und „Pfennigfuchserie“. Es wäre ein Armutszeugnis, so Hoffmann, „wenn wir in dieser Lage nichts Besseres zu tun hätten, als über jeden Pfennig dreifach zu streiten“.

*Der Beitritt der fünf neuen Länder leitete die Finanzströme innerhalb Deutschlands in ganz neue Richtungen – mit spürbaren Folgen für Schleswig-Holstein. Das strukturschwache Nordland wurde zeitweilig vom Nehmer- zum Geberland im Länderfinanzausgleich. Auch in den Portemonnaies der Steuerzahler war die Einheit spürbar. Die Bonner CDU/FDP-Koalition beschloss 1991 den Solidaritätszuschlag, einen Aufschlag auf die Einkommensteuer von zunächst 7,5, später 5,5 Prozent. Er soll ab 2021 für 90 Prozent der Steuerzahler wegfallen.*

### Grundüberholung fürs Grundgesetz?

Der Einigungsvertrag empfahl „den gesetzgebenden Körperschaften des vereinten Deutschland, sich innerhalb von zwei Jahren mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen“. Dieses Ziel fiel bei der Nord-SPD, die die gerade abgeschlossene Reform der Landesverfassung im Blick hatte, auf fruchtbaren Boden. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Meyenborg stellte in der Landtagsdebatte klar: „Es muss jetzt an einer neuen gesamtdeutschen Verfassung gearbeitet werden.“ Gerade die „guten Erfahrungen der ersten Zeit der Demokratiebewegung in der DDR mit dem Runden Tisch“ böten Ansätze für mehr Bürgerbeteiligung. Zudem müssten „einklagbare Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger“ verankert werden, etwa das Recht



Gert Börnsen, Karl Otto Meyer und Heiko Hoffmann (v. li.) stecken die Köpfe zusammen. Börnsen war 1990 Fraktionschef der allein regierenden SPD, Hoffmann CDU-Oppositionsführer und Meyer einziger Vertreter des SSW. Weitere Parteien waren im Parlament damals nicht vertreten.

auf Arbeit, Wohnung und Bildung. Auch Ministerpräsident Engholm sah das so: „Wir wollen einen Verfassungsrat konstituieren, der auf der Grundlage unseres Grundgesetzes durch Änderungen und Ergänzungen einen Verfassungsentwurf erarbeiten kann.“ CDU-Politiker Hoffmann hielt wenig davon: „Die Menschen drüben richten ihre Hoffnung auf die Bundesrepublik, auf unser politisches System, auf unsere Gesellschaftsordnung, die durch das Grundgesetz garantiert wird.“ Das Grundgesetz sei „eine der besten, stabilsten Verfassungen der Welt, an Werten orientiert, die auch praktiziert werden“.

*Anfang 1992 trat eine Gemeinsame Verfassungskommission zusammen, die eine Überarbeitung des Grundgesetzes diskutierte – etwa eine Föderalismusreform und die Möglichkeit von Volksabstimmungen. Letztlich schlug die Kommission Ende 1993 aber nur punktuelle Änderungen vor. Auf ihr Abschlusspapier geht etwa die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel im Jahr 1994 zurück.*

### Warnung vor den Folgen im Osten

Unstrittig war es im Landtag, dass auf die Menschen in der damaligen DDR umfassende Veränderungen zukommen würden. Ministerpräsident Engholm mahnte zur „Sensibilität den Menschen in der heutigen

Noch-DDR gegenüber“. Viele befänden sich in einer „unglaublichen Identitätskrise“ und wüssten nicht, „wie sie die nächsten Jahre überstehen sollen“. Zu einer raschen Einführung der sozialen Marktwirtschaft im Osten habe es aber „keine realistische Alternative“ gegeben, betonte CDU-Oppositionsführer Hoffmann. Alle Bemühungen, „den marxistischen Sozialismus schrittweise mit marktwirtschaftlichen Elementen anzureichern“, etwa in Jugoslawien, China oder der Sowjetunion, seien „bislang gescheitert“. Dies in der DDR versuchen zu wollen, zeuge „von mangelndem Realitätsbewusstsein“.

„Wenn ich daran denke, dass wir per 1. Juli bestimmt haben, in der DDR die freie Marktwirtschaft einzuführen, stelle ich fest, dass wir selber dafür gesorgt haben, dass wir dort eine große Arbeitslosigkeit bekommen“, kommentierte Karl Otto Meyer (SSW) die Einführung der D-Mark in der DDR im Sommer 1990. Die Politik dürfe nicht erlauben, dass Westkonzerne „alles übernehmen“ und die örtlichen Betriebe keine Chance bekämen, „eigene Produktionsstätten zu errichten“, so Meyer. Diese Befürchtung teilte auch SPD-Mann Meyenborg: „Dort, wo Betriebe in der DDR von der Qualität produzierter Investitionsgüter und produzierter Waren durchaus konkurrenzfähig wären, werden

sie abgewürgt, weil sie die Niedrigpreise, ja die Dumpingpreise der westdeutschen Hersteller nicht unterbieten können.“

*„Wohl nie zuvor hat sich in einem Industrieland zu Friedenszeiten der Niedergang der Wirtschaft, der Betriebe und damit des Arbeitsmarkts mit einer solchen Wucht vollzogen wie in Ostdeutschland ab 1990“, resümierte das Magazin „Der Spiegel“ im vergangenen Jahr. Die Arbeitslosenquote im Osten lag 1991 bei 10,2 Prozent, stieg weiter an und verharrte lange Zeit bei etwa 20 Prozent. Hinzu kamen die Menschen, die in Kurzarbeit oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen steckten. Millionen vor allem junge Menschen wanderten in den Westen ab. Seit 2008 sinken die Arbeitslosenzahlen, 2019 gab es mit 6,4 Prozent den geringsten Wert seit der Wiedervereinigung. Produktivität und Löhne liegen aber immer noch bei nur etwa 80 Prozent des Westniveaus.*

**Karsten Blaas**

## Der Einigungsvertrag

Der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ wurde am 31. August 1990 im Ost-Berliner Kronprinzenpalais unterzeichnet. Die Verhandlungsführer waren Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) für die Bundesrepublik und Staatssekretär Günther Krause (CDU) für die DDR. Die Verhandlungen dauerten zehn Wochen. Der Vertrag mit seinen neun Kapiteln, 45 Artikeln und knapp 1.000 Seiten Anlagen war das zweite zentrale Abkommen auf dem Weg zur deutschen Einheit nach der Wirtschafts- und Sozialunion, mit der am 1. Juli 1990 die D-Mark im Osten eingeführt wurde. Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs stimmten am 12. September zu. Am 20. September votierten Volkskammer und Bundestag jeweils mit großer Mehrheit für den Einigungsvertrag. Der Bundesrat war einstimmig dafür. Der Vertrag trat am 3. Oktober 1990 in Kraft.

### Die Kernpunkte:

- Die DDR trat nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik bei. Das Grundgesetz wurde gesamtdeutsche Verfassung.
- Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gründeten sich die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Ost- und West-Berlin vereinigten sich.
- Ein Großteil der bundesrepublikanischen Rechtsordnung galt nun auch in den neuen Ländern. Übergangsregeln gab es zum Beispiel beim Abtreibungsrecht.
- Die Bundesrepublik übernahm Vermögen und Schulden der DDR.
- Nach dem Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ sollten Grundeigentümer, die von der DDR enteignet worden waren, ihren Besitz in der Regel zurückerhalten.



# Deutsche Einheit: Ausblick 1990

Am 4. Oktober 1990, einen Tag nach der Wiedervereinigung, würdigte der Landtag das historische Ereignis mit einer Feierstunde im Landeshaus. Neben Parlament und Regierung waren auch zahlreiche Vertreter von Verbänden und Institutionen geladen. Die damalige Landtagspräsidentin, die SPD-Politikerin Lianne Paulina-Mürl,

die Fraktionsvorsitzenden Heiko Hoffmann und Gert Börsen sowie Karl Otto Meyer vom SSW brachten damals ihre Freude zum Ausdruck – aber auch ihre Sorgen über die großen Unterschiede zwischen Ost und West und ihre Ungewissheit, wie es mit dem frisch vereinten Deutschland weitergehen würde.

## Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl: „Entfremdung nach 40 Jahren“



„Wir leben heute in einem anderen Land. Seit gestern, dem 3. Oktober, endet die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr an Elbe und Werra. Seit gestern gehören Leipzig und Dresden, Schwerin, Rostock und Weimar ebenso dazu wie bisher München und Hamburg oder Frankfurt und Kiel. Plötzlich ist alles ganz anders, eine Revolution hat stattgefunden, die diesen Namen tatsächlich verdient, friedlich und unblutig. In diesen Kontext gehören auch die eigentümlich gemischten Gefühle, die viele unserer Bürgerinnen und Bürger augenblicklich empfinden. Werden Deutsche in diesen Tagen auf die Idee der Nation angesprochen, reagieren sie oft unsicher, die naive Bekundung nationaler Identität ist fast gänzlich abgebrochen. Es wird Zeit brauchen, bis die Deutschen richtig zueinander finden. 40 Jahre Teilung haben mehr Entfremdung bewirkt, als im Jubel des 9. November zu ahnen und in der Freude des 3. Oktober zu erwarten war. Es gibt Unterschiede nicht nur in den Lebens- und Verhaltensweisen – es differieren auch die Werteskalen und ihre Rangordnung. Die neu Hinzugekommenen werden viel Zuwendung brauchen, um sich von den Komplexen der Vergangenheit zu befreien und das Gefühl der Unterlegenheit, der Rückständigkeit und des Ausgeliefertseins zu überwinden. Es ist unsere Aufgabe, denen zu helfen, die mehr als andere den Preis der Einheit zu bezahlen haben: Das sind die Menschen in der ehemaligen DDR, die um ihren Arbeitsplatz bangen oder ihn schon verloren haben, die sich mit unserer ‚Westlichkeit‘ nicht ohne Weiteres identifizieren können und selbst manches in unsere Gesellschaft mit ihrem Lebensstil einbringen können.“

## Karl Otto Meyer (SSW): „Auch der Westen muss sich ändern“

„Wir haben alle guten Grund, in Demut und in Dankbarkeit den heutigen Tag zu feiern. Die Einheit Deutschlands ist erreicht worden durch die friedliche Revolution vor dem 9. November 1989. Wir dürfen nicht vergessen, dass es die wenigen waren, die in der gefährlichen Zeit den Mut hatten, diese Revolution zu schaffen. Oft wird in diesen Tagen so gefeiert, als ob nur die DDR verschwindet, als ob die DDR in der Bundesrepublik aufgegangen ist. Formell mag das nach Artikel 23 richtig sein. In Wirklichkeit wissen wir, dass das anders ist: Zwei Staaten, die bis vorgestern nicht souverän waren, sind heute vereint zu einem souveränen Staat. Auch die Bundesrepublik hat sich mit dem 3. Oktober verändert. Das vereinte Deutschland steht vor ganz neuen Aufgaben und ganz neuen Möglichkeiten. Es wäre verheerend, wenn zum Beispiel die Vereinigungen der Parteien in Ost und West alles beim Alten ließen, dass alles so bleibt, wie es in der Bundesrepublik war. Dies haben die Bürger in Ostdeutschland wahrlich nicht verdient. Das vereinte Deutschland braucht jetzt wahre Patrioten, aber nicht Patrioten im Sinne von ‚Hurra-Patrioten‘, die der Kadaver-Disziplin folgen oder die immer bedingungslos loyal und gehorsam sind. Das vereinte Deutschland braucht Patrioten, wie der deutsche Philosoph und Pädagoge Friedrich Wilhelm Förster einen Patrioten versteht: ‚Ein Patriot ist ein Mensch, dem davor bangt, dass sein Volk den Weg des Rechts und der Wahrheit verlieren könnte.‘ Als Vertreter des dänischen Bevölkerungsteils und der nationalen Friesen, und auch im Namen meines Volkes – des dänischen Volkes – kann ich sagen: Glückauf, vereintes Deutschland, und Glückauf in Frieden und Freiheit!“



## Gert Börnsen (SPD): „Soziale Gerechtigkeit und Solidarität“



„Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in freier Selbstbestimmung am 3. Oktober 1990 ist Ergebnis einer jahrzehntelangen Politik des langen Atems und deshalb Anlass zur Freude. Sie ist kein isoliert nationalstaatlicher Akt und damit auch kein Anlass für nationales Pathos, für Deutschtümelei, für Kraftmeierei oder gar nationale Besoffenheit. Mit dem 3. Oktober 1990 ist die staatliche Einheit vollendet. Von der Einheitlichkeit der Lebensbedingungen im gesamten Geltungsbereich des Grundgesetzes sind wir aber noch Jahre entfernt. Diese Forderung ist nicht einmal auf dem Gebiet der bisherigen BRD nach 40 Jahren erfüllt, wie uns Schleswig-Holsteinern schmerzhaft bewusst ist. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und soziale Ausgliederung bedrohen Millionen von Menschen in Deutschland. Mit dem 3. Oktober haben wir alle eine neue Verantwortung für soziale Gerechtigkeit und für eine neue Solidarität übernommen, deren Dimensionen vielen noch verschleiert sind. Insoweit ist der 3. Oktober 1990, das Ende der Nachkriegszeit, auch Anfang einer neuen Epoche deutscher und europäischer Geschichte. Ob wir die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse überall in Deutschland schaffen oder ob wir tiefgreifenden sozialen Konflikten den Boden bereiten, ob wir West- und Osteuropa zu einer Völkergemeinschaft vereinigen, oder ob an Oder und Neiße eine neue unüberwindbare Grenze des Wohlstandsgefälles mit der Folge neuer europäischer Wanderungsbewegungen aus Hunger entsteht, ob wir Atom- und Chemiewaffen überall in Europa abziehen und vernichten, die Militärblöcke auflösen und die Rüstungsproduktion entscheidend einschränken, oder ob Deutschland und Europa wie bisher eine Rüstungsschmiede für die Krisenherde dieser Welt sind – all dies entscheidet sich in den kommenden Jahren nach dem 3. Oktober. Ob wir also Grund zum Feiern und zur andauernden Freude haben, das wird abhängig sein vom Verantwortungsbewusstsein in der deutschen Politik und von unserem sozialen und friedenspolitischen Engagement.“

## Heiko Hoffmann (CDU): „Keine neuen Mauern der Ignoranz“

„Seit gestern lebt das gesamte deutsche Volk zum ersten Mal seit mehr als 57 Jahren wieder in einem demokratischen Staat. Nach 1945 wurden die Menschen, die auf dem Gebiet der jetzt ehemaligen DDR lebten, dem totalitären marxistisch-leninistischen Sozialismus ausgesetzt. Es ist keine Frage: Ohne dass die Deutschen dort größere Schuld an dem Geschehenen auf sich geladen hätten, mussten sie die weitaus größere Last der Kriegsfolgen, mussten sie das ungleich härtere Los tragen. Die erste Aufgabe ist die Solidarität. In dem vereinten Deutschland geht es für uns zunächst um faire Lebenschancen für alle Landesteile. In der Bundespolitik der vergangenen Jahrzehnte haben wir insgesamt erfolgversprechende Erfahrungen gesammelt und praktiziert, um unsere sozialen, wirtschaftlichen und geografischen Strukturschwächen auszugleichen. Auch im vereinten Deutschland gilt es, regionale Rückstände schrittweise zu überwinden. Denn es dürfen keine neuen Trennlinien durch eine dauerhafte Kluft im Lebenszuschnitt entstehen. Wir im Westen unseres Vaterlandes müssen entscheidend bei dieser Aufgabe mitwirken. Vier Jahrzehnte kommunistischer Diktatur haben bei vielen unserer Landsleute, die ihr ausgeliefert waren, bittere Erfahrungen, schwere innere Verwerfungen und bestimmte Denkweisen hinterlassen. Aber auch ein aus der Not erwachsenenes besonderes Gespür für menschliche Wärme, Nähe und nachbarschaftliche Hilfsbereitschaft erzeugt. Es liegt an uns, ob wir durch die jahrzehntelange Trennung die entstandenen Probleme des gegenseitigen Sich-Verstehens durch Einfühlungsvermögen, durch die Bereitschaft des Zuhörens und Hinzulernens abbauen, oder ob wir durch jetzt teilweise zu beobachtende Arroganz und Ignoranz neue Mauern errichten. Ein neues Kapitel ist aufgeschlagen, in dem die Grundrisse für ein friedliches Zusammenleben der Völker in einem gemeinsamen europäischen Haus bereits skizziert sind.“



# Deutsche Einheit: Rückblick 2020

Wie hat sich das vereinte Deutschland in den vergangenen 30 Jahren entwickelt? Was lief gut? Was muss besser werden? Landtagspräsident Klaus Schlie und die Fraktionsvorsitzenden legen ihre Sicht dar.

## Landtagspräsident Klaus Schlie: „Den europäischen Werten verpflichtet“



„Wenn ich heute, dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung, die Rede meiner Amtsvorgängerin Lianne Paulina-Mürl lese, dann fällt mir auf, wie aktuell viele ihrer damals gestellten Fragen auch heute noch sind. Zu Merkmalen einer gemeinsamen, gesamtdeutschen Identität fällt neueren Umfragen zufolge immer noch vielen Bürgerinnen und Bürgern wenig ein – ganz gleich, ob im Osten oder Westen. Die Mahnung der Landtagspräsidentin, den Menschen in den neuen Bundesländern nicht das Gefühl von Unterlegenheit und des ‚Ausgeliefertseins‘ zu geben, hallen heute in vielen aktuellen Debatten immer noch nach. Zugleich aber weiß ich um die sehr dynamische und positive Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Die deutsche Einheit wurde nicht über Nacht auch in den Köpfen der Menschen Realität – aber sie ist eben auch keine Utopie geblieben. Gerade für die jüngeren Deutschen, die nach 1989/90 geboren wurden, ist die Debatte um das Zusammenwachsen von Ost und West heute kaum mehr verständlich. Für diese mobile, weltoffene und politisch engagierte Generation ist das ganze Deutschland als Teil Europas eine Selbstverständlichkeit geworden. Gerade diese schon von Lianne Paulina-Mürl zu Recht hergestellte Verbindung zwischen deutscher und europäischer Einheit ist es, an der wir heute stärker als zuvor weiterarbeiten müssen. Die europäischen Werte von Freiheit und Demokratie bewegten die Menschen in der DDR zu ihrem mutigen Handeln 1989 und unsere europäischen Nachbarn zur Zustimmung zur Wiedervereinigung. Deutschland ist diesen Werten und dem einigen Europa deshalb ganz besonders verpflichtet.“

## Ralf Stegner (SPD): „Gegen westdeutsche Überheblichkeit“

„Vermutlich war ich einer der ersten Westdeutschen, die von der schicksalsträchtigen Pressekonferenz Günter Schabowskis Notiz nahmen. Denn am späten Nachmittag des 9. November 1989 hängte mein Schwiegervater in meiner Wohnung Lampen auf, und ich zeigte ihm, dass ich auf unserem TV-Gerät auch das DDR-Fernsehen empfangen konnte. Es sollte dann noch einige Stunden dauern, bis uns die Bedeutung des zufällig live Gesehenen so richtig bewusst wurde und wir im Westfernsehen die Bilder der Autoschlangen und jubelnden Menschen sahen. Der Mauerfall war für mich immer weniger eine Errungenschaft von Ronald Reagan, Helmut Kohl oder gar David Hasselhoff, sondern in erster Linie das Verdienst der aufrechten Menschen in der DDR, die für ihre Überzeugung trotz hohen persönlichen Risikos auf die Straße gegangen sind. Im Rückblick gehören leider auch viele von diesen Menschen zu denjenigen, deren Lebensleistungen nach der Wiedervereinigung zu wenig wertgeschätzt wurden, oder die von den gravierenden Verwerfungen wie Arbeitslosigkeit und Biographie-Brüchen betroffen waren. Aus westdeutscher Perspektive vergessen wir bei aller positiven Gesamtbilanz oft, wie wenig sich durch den Mauerfall für viele im Alltag auf der einen Seite der ehemaligen Grenze änderte und wie viel auf der anderen. Darum kann ich bis heute mit westdeutscher Überheblichkeit oder mangelnder Solidarität zu noch immer strukturschwachen Regionen in den neuen Bundesländern überhaupt nichts anfangen.“



## Tobias Koch (CDU): „Selbstverständlicher gegenseitiger Respekt“



„Die damalige Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl brachte es auf den Punkt: Es werde viel Zeit brauchen, bis die Deutschen richtig zueinander finden würden, und 40 Jahre Teilung hätten mehr Entfremdung bewirkt, als im Jubel des 9. Novembers 1989 zu ahnen gewesen sei. Das kann man sicher heute noch bestätigen, 30 Jahre später. Und doch sind die Spuren der innerdeutschen Grenze längst verschwommen, kaum mehr wahrnehmbar – besonders in der gemeinsamen Bundeshauptstadt Berlin, aber auch in den ehemaligen Grenzgebieten. Für die nachgewachsenen Generationen gibt es die ‚Mauer‘ nicht mehr. Die Vorstellung, dass es eine solche einmal gegeben hat, erscheint ihnen zu Recht absurd. Mein damaliger Vorgänger als Fraktionschef der CDU, Heiko Hoffmann, zeigte sich dankbar, dass mit der Wiedervereinigung das Ziel erreicht wurde, wie es das Grundgesetz in seiner Präambel stets vorsah. 1990 wurde Einheit und Freiheit des deutschen Volkes in freier Selbstbestimmung vollzogen. Viele hatten längst nicht mehr daran geglaubt. In den meisten Köpfen ist die Einheit angekommen. Chancen, die sich daraus ergeben, werden genutzt. Die Zeiten von Arroganz oder Gefühlen der Minderwertigkeit sind längst einem selbstverständlichen und gegenseitigen Respekt gewichen. Der 30. Jahrestag ist eine gute Gelegenheit, auf diesen Erfolg eindringlich hinzuweisen. Angesichts wiedererstarkter Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung kann nicht deutlich genug betont werden, welch ein Gewinn die Ereignisse des Jahres 1989 waren, die in der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 mündeten. Es war ein Sieg der Demokratie, der friedenssichernd für gemeinsames Europa war. Das gilt es zu erhalten.“

## Eka von Kalben (Grüne): „Wir sind noch lange nicht auf Augenhöhe“

„Vor 30 Jahren habe ich mit gemischten Gefühlen auf die Wiedervereinigung geschaut. Als Tochter von Eltern, die nach dem Zweiten Weltkrieg von ihrer Heimat in Sachsen-Anhalt nur träumten, aber dort nicht leben konnten, bin ich natürlich von klein auf mit dem Thema aufgewachsen. Gleichzeitig kannte ich durch unsere Freunde in der DDR auch viele Menschen, die sich das Ende ihrer Revolution anders gewünscht hätten – keine reine Eingliederung in die Bundesrepublik, sondern die Würdigung ihres Lebenswerkes bei gleichzeitiger Aufarbeitung des geschehenen Unrechts in der DDR. Noch heute prägt uns, dass wir kein wirkliches Verhältnis auf Augenhöhe haben. Die Bundesländer im Osten werden vor allem wahrgenommen, wenn es ein Problem gibt: mit der Demokratie, mit der Aufnahme von Geflüchteten. Die Überheblichkeit des Westens, wie man sie auch zum Teil aus den Reden der Landespolitiker aus dem Jahr 1990 lesen kann, ist noch nicht ganz vorbei. Deshalb braucht es meines Erachtens einen Blick auf das Positive. Ich denke hier neben dem ganz Offensichtlichen – wie dem Wegfall der innerdeutschen Grenze – zum Beispiel an die aufblühenden Universitätsstädte, den florierenden Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern und die aufstrebende Kulturszene. Die Debatte um das Wort „Unrechtsstaat“ hilft uns nicht. Wichtiger ist, dass wir unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat positiv vermitteln und lebendig machen. In zehn Jahren sind wir genauso lange wieder vereint, wie wir getrennt waren. Dann möchte ich, dass wir am besten gar nicht mehr die Einheit Deutschlands betrachten, sondern die Einheit Europas feiern können.“



## Christopher Vogt (FDP): „Mehr Stolz auf das Erreichte“



„Die deutsche Wiedervereinigung, mit der ja auch ein neues Kapitel für Europa einherging, ist allen Unkenrufen und Problemen zum Trotz eine Erfolgsgeschichte. Auch nach 30 Jahren muss man aber feststellen, dass die ‚Mauer in den Köpfen‘ teilweise noch vorhanden ist und es noch immer nennenswerte strukturelle Unterschiede wirtschaftlicher, politischer und zum Teil auch kultureller Art zwischen unseren Landesteilen in Ost und West gibt. Die Zwischenbilanz zeigt aber auch eine enorme Kraftanstrengung sehr vieler Menschen, vor allem in Ostdeutschland. Natürlich wurden auf dem Weg auch Fehler gemacht, schließlich gab es für diesen Prozess keine wirklichen Erfahrungswerte. Anstatt immer nur über Missstände zu schimpfen, sollten wir verstärkt Verständnis dafür zeigen, dass eine unterschiedliche Geschichte auch unterschiedliche Prägungen bei den Menschen bedeutet. Wir sollten gemeinsam mehr Stolz für das Erreichte entwickeln und uns neue Ziele setzen. Dazu gehört für mich auch, dass es sowohl in West- als auch in Ostdeutschland Regionen gibt, die bei der Entwicklung von Infrastruktur und Wirtschaftsstruktur mehr Unterstützung brauchen. Unsere Gesellschaft, welche auch die politische Landschaft beinhaltet, wird insgesamt pluralistischer. Damit werden die kulturellen Unterschiede nicht zwingend größer, aber zumindest sichtbarer. Wir brauchen deshalb eine stärkere Betonung des hohen Wertes von Demokratie, Rechtsstaat und Sozialer Marktwirtschaft, die eben nicht selbstverständlich, aber zwingend für unsere Freiheit sind.“

## Lars Harms (SSW): „Neue Impulse in der Minderheitenpolitik“

„Es ist tatsächlich zusammengewachsen, was zusammengehört, und Deutschland hat seine neue Stellung als wiedervereinigter Staat genutzt, um auf der internationalen Bühne eine weithin anerkannte Vermittlerrolle zu übernehmen. Die größte Errungenschaft ist und bleibt, dass alle Menschen in Deutschland in Freiheit und wir als Gesellschaft in Wohlstand leben können. Trotz aller Schwierigkeiten ist uns der wirtschaftliche Anschluss der ehemaligen DDR gelungen, wenn man die heutige Lage dort mit der von anderen ehemaligen Ostblockstaaten vergleicht. Das ist eine hervorragende Leistung der Menschen in Ost und West. Sorgen machen muss uns, dass nicht alle Menschen seit der Wiedervereinigung ein uneingeschränkt positives Verhältnis zu Freiheit, Demokratie und Menschenrechten entwickelt haben. Der zunehmende Rechtsextremismus ist eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre, vor der wir als Gesamtgesellschaft stehen. In der Minderheitenpolitik haben wir viel voneinander lernen können. Die Sorben erhielten schon 1990 eine Stiftung in Sachsen und Brandenburg, deren Pendant für die Friesen erst im Jahr 2020 errichtet werden konnte. Auch beim Thema Zweisprachigkeit in der Öffentlichkeit, gab es sehr viele Anregungen durch die sorbische Minderheit – die Themen zweisprachige Beschilderung, Friesischgesetz oder Minderheiten- und Regionalsprachen in der Verwaltung hätten es sonst viel schwerer bei uns gehabt. Andererseits haben die Sorben in Ostdeutschland immer mehr auch unsere Vorstellungen übernommen, dass Minderheitenkulturen auch ein Teil der Gesamtkultur einer Region sind und dass man sich nicht separieren kann und soll. Es gibt also einen lebenden Austausch zwischen Ost und West, und das ist doch das eigentlich großartige an der Entwicklung der letzten 30 Jahre.“





Weitgehende Einigkeit herrschte im Landtag bei den Themen Deutsche Einheit und Ostseekooperation.

## Mehr deutsch-deutsche Geschichte an den Schulen

Die deutsche Teilung und der Einheitsprozess sollen im Schulunterricht eine größere Rolle spielen. Das hat der Landtag Ende September anlässlich des 30. Jahrestags der Wiedervereinigung gefordert. Basis war ein gemeinsamer Antrag von Jamaika, SPD und SSW.

Demnach soll das Thema in den Fächern Geschichte und Wirtschaft/Politik stärker berücksichtigt werden, und mehr Schüler sollen sich vor Ort ein Bild machen, etwa im „Grenzhof Schlagsdorf“ in Mecklenburg-Vorpommern oder in der Grenzdokumentationsstätte Lübeck-Schlutup. Zudem soll es mehr Fortbildungsangebote für Lehrer geben. „Diejenigen, die in den 80er Jahren oder später geboren wurden, müssen lernen, die deutsche Einheit zu verstehen“, sagte Anette Röttger (CDU). Eka von Kalben (Grüne) betonte: „Wir sind ein Land mit einer gemeinsamen Geschichte in zwei Unterkapiteln.“ Das müsse den Jüngeren vermittelt werden. „Das, was richtiggemacht wurde, kommt in der Außendarstellung leider oft viel zu kurz“, so Lars Harms (SSW). Er verwies auf die ostdeutschen Beiträge zum vereinten Deutschland, etwa die weiter vorangeschrittene Gleichberechtigung der Frau und die bessere Kinderbetreuung.

SPD-Fraktionschef Ralf Stegner mahnte, neben den positiven auch die negativen Aspekte der Einheit zu berücksichtigen. Die Ostdeutschen hätten persönliche Freiheiten gewonnen – aber der Osten sei heute auch von Ernüchterung, Abwanderung und einer „Distanz zur Werteordnung der Bundesrepublik“ geprägt. Vor einer „Verklärung des DDR-Regimes“ warnte Christopher Vogt (FDP): „Statt Verklärung brauchen wir mehr Aufklärung für die heutige Jugend.“ Es müsse darum gehen, „politisch-historische und Demokratiebildung an unseren Schulen zu stärken“, unterstrich Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Ziel sei es, die Schüler „überall im Land diskursfähig zu machen und ihnen den Mut zur eigenen Meinung beizubringen“.

## Auch der Ostseeraum wuchs nach 1990 zusammen

Der Fall des Eisernen Vorgangs brachte nicht nur die Menschen in Ost- und Westdeutschland einander näher. Es entstanden auch neue Kontakte in den Ostseeraum. Schleswig-Holstein gehörte zu den Motoren der Ostseekooperation. Im August diskutierte der Landtag über aktuelle Aufgaben, Gemeinsamkeiten und Trennlinien.

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich zahlreiche Gremien und Netzwerke in der Region entwickelt, und Schleswig-Holstein spielt eine aktive Rolle – etwa im Ostseerat, im Nordischen Rat oder in der STRING-Kooperation für den Fehmarnbelt. Der Landtag ist Gründungsmitglied der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee. „Dank der gewachsenen Kooperationsstrukturen ist die Ostseeregion heute eine der wohlhabendsten und wettbewerbsfähigsten Regionen der Welt“, unterstrich Regina Poersch (SPD). Dennoch seien politische Spannungen auch in diesem Bereich spürbar, mahnte Hartmut Hamerich (CDU): „Leider werden die europakritischen und allein national denkenden Parteien in fast allen Ländern stärker.“ Bernd Voß (Grüne) stellte fest: „Das Verständnis von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerbeteiligung ist in den Ländern ziemlich unterschiedlich.“ Ein positives Fazit zog Stephan Holowaty (FDP): „Über die Ostsee fließen nicht nur Güter und Dienste, sondern auch Ideen und Verständigung.“

Eine besondere Herausforderung sei die seit 20 Jahren bestehende Partnerschaft zum russischen Kaliningrad. Europaminister Claus Christian Claussen (CDU) lobte den Austausch „ungeachtet der politischen Differenzen, die auf nationaler Ebene bestehen“. Die Beziehungen müssten gepflegt werden, forderte auch Jette Waldinger-Thiering (SSW): „Gerade in stürmischen Zeiten ist es notwendig, den konstruktiven Dialog zu suchen und nicht abreißen zu lassen.“

**Mehr zur diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz auf Seite 31.**

# Über den Dächern von Kiel: Ein Kapitän beflaggt das Landeshaus

Ob am Europatag, am Tag der Deutschen Einheit oder am Volkstrauertag: Das Landeshaus wird mehrmals im Jahr beflaggt. Auch zu den Landtagssitzungen wehen Fahnen auf dem Haus an der Kieler Förde. Nils Junge ist seit Mai 2020 für das Flaggensetzen auf mehreren Dienstgebäuden des Landes zuständig. Am 17. Juni, dem Jahrestag des DDR-Volksaufstands, hat unsere Social-Media-Redakteurin Anna Gellner ihn aufs Dach begleitet.

6 Uhr morgens: Die Sonne über Kiel ist gerade aufgegangen, auch jetzt ist es schon warm, kein Lüftchen weht. Für Nils Junge hat der Arbeitstag schon um 5:20 Uhr begonnen. Der 61-Jährige ist zuständig für das Flaggensetzen, unter anderem auf dem Landeshaus. Als ehemaligem Kapitän und Seelotsen macht ihm das frühe Aufstehen nichts aus. „Für mich ist es eine Ehre, die Flaggen hissen zu dürfen“, erzählt er, als er sich die ersten der drei mal fünf Meter großen Fahnen behutsam um die Arme wickelt, um sie aufs Dach zu tragen. „Und es freut mich, dass ich das in meiner Heimatstadt Kiel tun darf.“

## Auch nachts wehen die Fahnen

Bevor er heute zum Landeshaus kam, hat Kapitän Junge an diesem 17. Juni bereits die Staatskanzlei, das Innenministerium, das Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium beflaggt – nach dem Landeshaus wartet auf ihn noch das IT-Zentrum im Niemansweg. Es ist der Jahrestag des Aufstands in der DDR: Am 17. Juni 1953 erhoben sich Arbeiter gegen das SED-Regime, die Sowjetarmee schlug den Volksaufstand gewaltsam nieder. Mehr als 30 Menschen kamen damals ums Leben. Nils Junge teilt sich das Flaggensetzen auf den Dienstge-

bäuden in Kiel mit mehreren Kollegen. Am Abend, mit dem Sonnenuntergang, holen er und seine Mitstreiter die Flaggen wieder ein. Für diesen Tag gilt das allerdings nicht fürs Landeshaus. Denn wegen der Landtagssitzung wehen hier die Flaggen so lange, wie die Tagung dauert – fast drei Tage bis zum Freitagnachmittag. „Die Beflaggung erfolgt, weil Sitzungen des Landtages ein besonders wichtiger offizieller Anlass sind“, erklärt Kristian Rieser, Chef des Protokolls im Landtag. Die Debatten stünden im Zentrum der politischen Willensbildung und der Gesetzgebung, und sie seien damit die augenfälligste Form der Ausübung parlamentarischer Kontrolle über die Exekutive. Und dabei sei es auch zulässig, dass die Flaggen über Nacht auf dem Dach bleiben: „Nach der vom Innenministerium erlassenen Verwaltungsvorschrift ist die unangeleuchtete Beflaggung hier auch nachts zulässig, wenn sie sich – wie beim Plenum – über mehrere Tage erstreckt“, sagt Rieser.

## Vier Ecken – vier Flaggen

Es gibt eine weitere Besonderheit: Während auf anderen Dienstgebäuden immer nur drei Flaggen wehen – die Europaflagge, die Bundesflagge und die Landesdienstflagge –,



sind es auf dem Landeshaus vier. Hier wird zusätzlich das Wappen der Landeshauptstadt Kiel gehisst. „Das geht aus baulichen Gründen nicht anders“, erklärt Kristian Rieser. „Wir können auf dem Landeshaus nur auf den vier Eck-Risaliten beflaggen.“ Es wäre ein unharmonischer Anblick, wenn nur auf drei Ecken eine Flagge wehe und die vierte leer bliebe, so Rieser. „Deshalb ist die Flagge der Landeshauptstadt mit dazu gekommen, obwohl sie streng genommen auf einem Landesgebäude nichts zu suchen hätte.“

Bei besonderen Anlässen werde auch mal – statt der Kieler Flagge – eine andere Nationalflagge gesetzt, um besonders hochrangige Gäste zu begrüßen. „Da wir aber Flaggen in einer Übergröße benötigen, die nicht einfach so am Markt verfügbar sind, kommt das wirklich nur sehr, sehr selten vor“, erzählt Kristian Rieser. Das letzte Mal sei das 2014 gewesen: Damals wurde die Flagge des Königreichs Norwegen gehisst, als eine hochrangige Delegation aus Oslo zu Besuch war. „Sie waren hier, um das 200. Jubiläum des Kieler Friedens von 1814 zu feiern, der gewissermaßen der Startschuss für die Unabhängigkeit Norwegens war“, berichtet Kristian Rieser.

## Wann wird gehisst?

Neben dem 17. Juni werden die Dienstgebäude des Landes laut einer Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums an weiteren Tagen beflaggt: am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar), am Tag der Arbeit (1. Mai), am Europatag (9. Mai), am Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes (23. Mai), am Jahrestag des Hitler-Attentats vom 20. Juli 1944, am Tag der Deutschen Einheit (3. Oktober), am Volkstrauertag (zweiter Sonntag vor dem ersten Advent), am Tag der Wahl zum Deutschen Bundestag, am Tag der Wahl zum Europäischen Parlament, am Tag der Landtagswahl sowie am Tag der Kommunalwahl. Am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und am Volkstrauertag wird halbmast beflaggt. Außerdem werden die Fahnen auf den in Kiel gelegenen Dienstgebäuden des Landes während der Kieler Woche gehisst.



Anna Gellner



## Bis 1990: Patenschaften für Pommern und Mecklenburg

Früher wehten andere Flaggen auf dem Landeshaus. In der Nachkriegszeit hatte das Land Schleswig-Holstein „Patenschaften“ für die früheren preußischen Provinzen Mecklenburg und Pommern übernommen, die nach 1945 zur DDR beziehungsweise zu Polen gekommen waren. Die blau-weiße pommersche Flagge und das blau-gelb-rote Banner Mecklenburgs wehten neben der Bundesflagge und der Landesdienstflagge auf dem Haus an der Förde. Im November 1956 beschloss das Parlament, „dass bei allen Anlässen, zu deren Würdigung das Landeshaus beflaggt wird, neben den Bundes- und Landesfarben auch die Farben des Patenlandes Pommern zu setzen“ seien. Die Patenschaft zu Pommern war 1954 begründet worden, 1963 folgte die Patenschaft für Mecklenburg, um – wie es in den Urkunden heißt – den Willen Schleswig-Holsteins zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu demonstrieren.

Nach der Wiedervereinigung und der Gründung des neuen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern sah die SPD-Fraktion

im Oktober 1990 eine neue Lage. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des SSW-Abgeordneten Karl Otto Meyer hob der Landtag den Beschluss von 1956 auf. Die CDU enthielt sich und mahnte, das pommersche Kulturerbe weiter zu pflegen. Die Flaggen Pommerns und Mecklenburgs, die jahrzehntelang auf dem Landeshaus geweht hatten, befinden sich heute übrigens in Schwerin. Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl übergab sie Ende Oktober 1990 an ihren neu gewählten Amtskollegen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Rainer Prachtl.

So kam die Frage auf, was nun mit den beiden „abgeflaggten“ Masten auf dem Dach passieren sollte. Landtagspräsidentin Paulina-Mürl gab im Oktober 1990 einen Anschlag. „Wandel und Kontinuität zugleich“ seien das Gebot der Stunde: „Ich kann mir vorstellen, dass beides auch im äußeren Erscheinungsbild des Landeshauses seinen sichtbaren Ausdruck findet: wenn hoffentlich neben den Fahnen Deutschlands und Schleswig-Holsteins auch die Europafahne von einer größeren Gemeinschaft kündigt“.



Kapitän Nils Junge bei der Arbeit. An der Südost-Ecke des Landeshauses hängt das Kieler Stadtwappen.

# Schlie und Günther unterwegs – auf Sommerreise zum Grenzjubiläum

**Sommertour im Grenzland:** Ende August haben Landtagspräsident Klaus Schlie und Ministerpräsident Daniel Günther gemeinsam verschiedene Orte im Norden Schleswig-Holsteins und in Süddänemark besucht, die beispielhaft für die länderübergreifende Zusammenarbeit stehen. Anlass war das 100. Jubiläum der Volksabstimmung über den Grenzverlauf zwischen Deutschland und Dänemark. Auch Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack, Europaminister Claus Christian Claussen und der Minderheitenbeauftragte der Landesregierung, Johannes Callsen, schlossen sich an.

Landtagspräsident Schlie bezeichnete die zweitägige Reise als „Höhepunkt des Gedenkens an die demokratische Abstimmung über die Grenzziehung 1920“. Die Tour mit ihren acht Stationen sei eine Entschädigung für „all das, was an Feierlichkeiten zum Grenzjubiläum ausfallen musste“. Unter dem Motto „100 Jahre Volksabstimmungen – Gemeinsam über Grenzen“ waren für das Festjahr 2020 ursprünglich rund 110 Veranstaltungen aus den Bereichen Theater, Literatur, Film und Sport geplant. Höhepunkt sollte ein Bürgerfest in Flensburg Ende August werden, das, wie viele weitere Veranstaltungen, wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden musste.

Ministerpräsident Günther warb bei der dänischen Seite dafür, die wegen der Pandemie verfügten Grenzkontrollen wieder aufzuheben. Es sei traurig, so der Ministerpräsident, dass die Grenze ausgerechnet im Jubiläumsjahr geschlossen wurde. Dänemark hatte Mitte März seine Landgrenzen für Ausländer geschlossen, die keinen wichtigen Einreisegrund haben. In den vergangenen Monaten wurden die Beschränkungen aber zurückgefahren. Deutsche können seit Mitte Juni wieder in Dänemark Urlaub machen. Anfang September kündigte Kopenhagen an, die Kontrollen weiter zu lockern und alle 13 Übergänge wieder zu öffnen.



An der Duborg-Skolen, dem dänischen Gymnasium in Flensburg, wurden Schlie und Günther von „Schülerbotschaftern“ empfangen, die nach einem Rundgang durch die Schule über ihr Projekt berichteten. Die „Schülerbotschafter“ klären in Workshops junge Menschen über das Minderheitenleben in der Grenzregion auf. Die Duborg-Skolen, eines von zwei dänischen Gymnasien im Lande, feiert in diesem Jahr ebenfalls ihr 100. Jubiläum.



Beim Sydslesvigsk Forening (SSF/Südschleswigscher Verein) in Flensburg trafen sich Ministerpräsident Günther und Landtagspräsident Schlie (hinten am Tisch) mit Vertretern der dänischen Minderheit. Der SSF ist die kulturelle Hauptorganisation der dänischen Minderheit. Die Vorsitzende Gitte Hougaard-Werner (vorne li.) berichtete im „Flensborghus“ über die Arbeit ihres Vereins.



Das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI/European Centre for Minority Issues) in Flensburg lag ebenfalls auf der Reiseroute. Das Forschungs- und Informationszentrum ist eine Stiftung des Landes Schleswig-Holstein, der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs Dänemark. Thema des Gesprächs war die Entwicklung der Minderheiten im Grenzland im Verlauf der vergangenen 100 Jahre.



Schlie und Günther besuchten das dänische Unternehmen „Danfoss“ in Nordborg auf der Insel Als, das sich auf Wärme- und Kältetechnik sowie Hydraulik- und Elektromotoren spezialisiert hat und das auch im Bereich Klimaschutz aktiv ist. Drei Standorte der Firma, die rund 28.000 Mitarbeiter beschäftigt, befinden sich in Schleswig-Holstein: zwei in Flensburg und einer in Neumünster.



Eine weitere Station war der Großhandel „Schmidt Im- und Export“ im nordfriesischen Süderlügum. Die Firma mit ihren 18 Mitarbeitern handelt mit Süßwaren, Drogeriebedarf, Wasch- und Reinigungsmitteln. Für die Händler im Grenzgebiet stehen Verkehrs- und Steuerfragen ganz oben auf der Agenda.



Im frisch renovierten Deutschen Museum für Nordschleswig in Sonderburg informierten sich die beiden Präsidenten über die neugestaltete Ausstellung. Der Bund hat die Sanierung des Gebäudes mit 1,2 Millionen Euro gefördert, für die Ausstellung gaben das Land Schleswig-Holstein 300.000 Euro und das Auswärtige Amt 200.000 Euro dazu.



Als Beispiel für erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit steht die Freiwillige Feuerwehr im dänischen Tondern, die im Notfall auch auf der deutschen Seite hilft. Die Feuerwehren aus dem Norden des Landes und dem südlichen Dänemark arbeiten seit langem eng zusammen – weit über die üblichen europaweit geltenden Regeln zur Amtshilfe hinaus.



Auch von der Rettungswache Niebüll aus werden Einsätze auf beiden Seiten der Grenze gefahren. Der grenzüberschreitende Rettungsdienst besteht seit 2002. In Niebüll betreibt der Kreis Nordfriesland eine Lehrrettungswache zur Ausbildung von Notfall- und Rettungsanitätern, und auch ein Notarzt ist dort stationiert.

# Sitzungskalender des Landtages für 2021

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1 Fr <small>Neujahr</small>	1 Mo	1 Mo	1 Do	1 Sa <small>Tag der Arbeit</small>	1 Di
2 Sa	2 Di	2 Di	2 Fr <small>Karfreitag</small>	2 So	2 Mi
3 So	3 Mi	3 Mi	3 Sa	3 Mo	3 Do
4 Mo	4 Do	4 Do	4 So <small>Ostersonntag</small>	4 Di	4 Fr
5 Di	5 Fr	5 Fr	5 Mo <small>Ostermontag</small>	5 Mi	5 Sa
6 Mi <small>Heilige drei Könige</small>	6 Sa	6 Sa	6 Di	6 Do	6 So
7 Do	7 So	7 So	7 Mi	7 Fr	7 Mo
8 Fr	8 Mo	8 Mo <small>Int. Tag der Frau</small>	8 Do	8 Sa	8 Di
9 Sa	9 Di	9 Di	9 Fr	9 So <small>Europatag</small>	9 Mi
10 So	10 Mi	10 Mi	10 Sa	10 Mo	10 Do
11 Mo	11 Do	11 Do	11 So	11 Di	11 Fr
12 Di	12 Fr	12 Fr	12 Mo	12 Mi	12 Sa
13 Mi	13 Sa	13 Sa	13 Di	13 Do <small>Chr. Himmelfahrt</small>	13 So
14 Do	14 So	14 So	14 Mi	14 Fr	14 Mo
15 Fr	15 Mo	15 Mo	15 Do	15 Sa	15 Di
16 Sa	16 Di	16 Di	16 Fr	16 So	16 Mi
17 So	17 Mi	17 Mi	17 Sa	17 Mo	17 Do
18 Mo	18 Do	18 Do	18 So	18 Di	18 Fr
19 Di	19 Fr	19 Fr	19 Mo	19 Mi	19 Sa
20 Mi	20 Sa	20 Sa	20 Di	20 Do	20 So
21 Do	21 So	21 So	21 Mi	21 Fr	21 Mo
22 Fr	22 Mo	22 Mo	22 Do	22 Sa	22 Di
23 Sa	23 Di	23 Di	23 Fr	23 So <small>Pfingstsonntag Tag d. Grundges. Pfingstmontag</small>	23 Mi
24 So	24 Mi	24 Mi	24 Sa	24 Mo <small>Pfingstmontag</small>	24 Do
25 Mo	25 Do	25 Do	25 So	25 Di	25 Fr
26 Di	26 Fr	26 Fr	26 Mo	26 Mi	26 Sa
27 Mi <small>Holocaust-Gedenktag</small>	27 Sa	27 Sa	27 Di	27 Do	27 So
28 Do	28 So	28 So	28 Mi	28 Fr	28 Mo
29 Fr		29 Mo	29 Do	29 Sa	29 Di
30 Sa		30 Di	30 Fr	30 So	30 Mi
31 So		31 Mi		31 Mo	

## 2021 wird deutschlandweit zum „Superwahljahr“

Nachdem 2020 in der Bundesrepublik nur wenige Urnengänge anstanden, wird 2021 zum „Superwahljahr“. Sechs Landtagswahlen und die Bundestagswahl im Herbst stehen bevor, einige Termine stehen noch nicht fest. Hinzu kommen

Kommunalwahlen in Hessen (am 14. März) und Niedersachsen (im Herbst). Die Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages endet im Frühjahr 2022, die nächsten Kommunalwahlen im Norden folgen im Frühjahr 2023.

Datum	Land	Wahl	Aktuelle Regierungskoalition
14. März	Baden-Württemberg	Landtagswahl	Grüne/CDU
14. März	Rheinland-Pfalz	Landtagswahl	SPD/FDP/Grüne
25. April	Thüringen	Landtagswahl	Linke/SPD/Grüne (Minderheitsreg.)
6. Juni	Sachsen-Anhalt	Landtagswahl	CDU/SPD/Grüne
Herbst	Mecklenburg-Vorpommern	Landtagswahl	SPD/CDU
Herbst	Berlin	Wahl zum Abgeordnetenhaus und der Bezirksverordnetenvers.	SPD/Linke/Grüne
Herbst	Deutschland	Bundestagswahl	CDU/CSU/SPD

- Legende:
- Plenum
  - Ältestenrat
  - Schulferien / Sitzungsfreie Zeit
  - Bundesrat

Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Do	<b>1 So</b>	1 Mi	1 Fr	1 Mo	1 Mi
2 Fr	2 Mo	2 Do	<b>2 Sa</b>	2 Di	2 Do
<b>3 Sa</b>	3 Di	3 Fr	<b>3 So</b> Tag d. Dt. Einheit	3 Mi	3 Fr
<b>4 So</b>	4 Mi	<b>4 Sa</b>	4 Mo	4 Do	<b>4 Sa</b>
5 Mo	5 Do	<b>5 So</b>	5 Di	5 Fr	<b>5 So</b> 2. Advent
6 Di	6 Fr	6 Mo	6 Mi	<b>6 Sa</b>	6 Mo
7 Mi	<b>7 Sa</b>	7 Di	7 Do	<b>7 So</b>	7 Di
8 Do	<b>8 So</b>	8 Mi	8 Fr	8 Mo	8 Mi
9 Fr	9 Mo	9 Do	<b>9 Sa</b>	9 Di	9 Do
<b>10 Sa</b>	10 Di	10 Fr	<b>10 So</b>	10 Mi	10 Fr
<b>11 So</b>	11 Mi	<b>11 Sa</b>	11 Mo	11 Do	<b>11 Sa</b>
12 Mo	12 Do	<b>12 So</b>	12 Di	12 Fr	<b>12 So</b> 3. Advent
13 Di	13 Fr	13 Mo	13 Mi	<b>13 Sa</b>	13 Mo
14 Mi	<b>14 Sa</b>	14 Di	14 Do	<b>14 So</b> Volkstrauertag	14 Di
15 Do	<b>15 So</b>	15 Mi	15 Fr	15 Mo	15 Mi
16 Fr	16 Mo	16 Do	<b>16 Sa</b>	16 Di	16 Do
<b>17 Sa</b>	17 Di	17 Fr	<b>17 So</b>	17 Mi	17 Fr
<b>18 So</b>	18 Mi	<b>18 Sa</b>	18 Mo	18 Do	<b>18 Sa</b>
<b>19 Mo</b>	19 Do	<b>19 So</b>	19 Di	19 Fr	<b>19 So</b> 4. Advent
20 Di	20 Fr	20 Mo	20 Mi	<b>20 Sa</b>	20 Mo
21 Mi	<b>21 Sa</b>	21 Di	21 Do	<b>21 So</b>	21 Di
22 Do	<b>22 So</b>	22 Mi	22 Fr	22 Mo	22 Mi
23 Fr	23 Mo	23 Do	<b>23 Sa</b>	23 Di	23 Do
<b>24 Sa</b>	24 Di	24 Fr	<b>24 So</b>	24 Mi	24 Fr Heiligabend
<b>25 So</b>	25 Mi	<b>25 Sa</b>	25 Mo	25 Do	<b>25 Sa</b> Weihnachten
26 Mo	26 Do	<b>26 So</b>	26 Di	26 Fr	<b>26 So</b> Weihnachten
27 Di	27 Fr	27 Mo	27 Mi	<b>27 Sa</b>	27 Mo
28 Mi	<b>28 Sa</b>	28 Di	28 Do	<b>28 So</b> 1. Advent	28 Di
29 Do	<b>29 So</b>	29 Mi	29 Fr	29 Mo	29 Mi
30 Fr	30 Mo	30 Do	<b>30 Sa</b>	30 Di	30 Do
<b>31 Sa</b>	31 Di		<b>31 So</b> Reformationstag		31 Fr Silvester

## 75 Jahre Landtag: Jubiläum im Februar 2021

Am 26. Februar 2021 jährt sich die erste Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages nach dem Krieg zum 75. Mal. Damals, 1946, saßen noch keine gewählten Abgeordneten im Kieler Stadttheater. Die britische Besatzungsmacht hatte die Parlamentarier ernannt, und auch im Ablauf der Sitzung spiegelt sich die Dominanz der Siegermacht wider. Die Deutschen hatten zu warten, bis die Briten ihre Plätze eingenommen und die „VIPs“ auf der Bühne Platz genommen hatten. Dort war die britische Flagge doppelt so groß wie das Landeswappen, und Ministerpräsident Theodor Steltzer (CDU) saß als einziger Deutscher ganz rechts außen am Tisch. Die erste Landtagswahl fand dann im Mai 1947 statt.



# Steuer, Arbeitsschutz: Das „Homeoffice“ ist Neuland

**Während der Corona-Pandemie mussten sich Millionen Arbeitnehmer umorientieren – vom gewohnten Platz im Büro zum heimischen Schreib- oder Küchentisch. Viele Menschen waren monatelang im „Homeoffice“. In der neuen Arbeitswelt gibt es aber noch zahlreiche offene Fragen, etwa beim Steuerrecht, beim Arbeitsschutz oder bei der Arbeitszeit. Das wurde Ende August deutlich, als der Landtag über das Büro im heimischen Umfeld debattierte.**

Nur die wenigsten werden ihre Ausgaben für das „Homeoffice“ von der Steuer absetzen können. Darauf wies Ole Plambeck (CDU) hin: „Ein häusliches Arbeitszimmer wird in der Rechtsprechung als Raum definiert, der fast ausschließlich für die Erzielung von Einkünften genutzt wird.“ Schreibtische in der Küche oder im Schlafzimmer seien „hiervon bewusst ausgeschlossen“. Dies müsse der Gesetzgeber ändern, forderte Lars Harms (SSW): „Nutzt ein Arbeitnehmer für seinen Arbeitsplatz nun seine

eigenen Ressourcen, so muss er konsequenterweise diese Kosten endlich umfassend steuerlich absetzen können.“ Um den bürokratischen Aufwand zu vermindern, sei auch eine Pauschale denkbar, so Harms. Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) betonte, dass derartige Neuregelungen bereits auf Bundesebene diskutiert würden. Ziel sei „ein modernes Steuerrecht“, das „sowohl mobiles Arbeiten als auch eine Mischform des Mobilens Arbeitens zwischen Homeoffice und Büro abbildet“. Jörg Nobis (AfD) wies darauf hin, dass der Begriff „Homeoffice“ noch gar nicht rechtlich definiert sei. Er forderte eine Neufassung der Arbeitsstättenverordnung, in der etwa die Ausstattung mit Mobiliar und der Gesundheitsschutz festgelegt werden sollen. Auch die Betriebe seien in der Pflicht, merkte Lasse Petersdotter (Grüne) an: „Am Ende des Tages ist immer der Arbeitgeber dafür verantwortlich, einen angemessenen Arbeitsplatz zu schaffen – egal, wo er ist.“ Beate Raudies (SPD) machte sich für einen Rechtsanspruch auf „Homeoffice“ stark. In Deutschland gebe es „im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine starke Anwesenheitskultur am Arbeitsplatz“. Mobiles Arbeiten dürfe aber keine „Good-Will-Leistung des Arbeitgebers“ sein. Bei der Heimarbeit können die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen, mahnte Kay Richert (FDP): „Einigen Arbeitnehmern fällt es nämlich schwer, abzuschalten und nicht dauerhaft erreichbar zu sein. Diese Menschen müssen vor Überforderung und Selbstausschöpfung geschützt werden.“ Der Landtag beschloss mit großer Mehrheit einen Antrag der Koalition, der eine Anpassung der Arbeitsstättenverordnung fordert. Außerdem beraten die Ausschüsse für Finanzen, Wirtschaft und Soziales weiter über das Thema.



Die Coronakrise hat zumindest vorübergehend zu einer „Homeoffice“-Welle geführt. Im April arbeiteten 23 Prozent der Beschäftigten überwiegend von zu Hause aus, wie eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zeigt. 2018 hatten nur 5,3 Prozent der Beschäftigten mehr als die Hälfte ihrer Arbeitstage im „Homeoffice“ verbracht, weitere 6,7 Prozent arbeiteten in geringerem Umfang zu Hause.

## Mehr Geld für Hotels und Gaststätten

**Das Hotel- und Gaststättengewerbe bekommt angesichts der Umsatzeinbußen in der Corona-Pandemie weitere Unterstützung. Der Landtag stimmte im August geschlossen dafür, die Überbrückungshilfen auch rückwirkend für die Monate März bis Mai zu zahlen und das Stützungsprogramm bis Ende des Jahres zu verlängern.**

Die Überbrückungshilfen sollen außerdem verdoppelt werden, bei Betrieben bis fünf Mitarbeiter von 3.000 auf 6.000 Euro und bei Betrieben bis zehn Mitarbeiter von 5.000 auf 10.000 Euro pro Monat. Die maximale Förderung soll von 50.000 auf 100.000 Euro

pro Monat angehoben werden. Für viele Gasthöfe sei derzeit „Öffnen meist teurer als Schließen“, so Regina Poersch (SPD). Das gefährde mehr als 80.000 Arbeitsplätze in rund 5.200 Betrieben im Land. Von Januar bis Juni habe es 43,3 Prozent weniger Gäste

und 38 Prozent weniger Übernachtungen gegeben als im Vorjahr. „Ganz besonders stark betroffen sind diejenigen Gaststätten, die ihr Geschäft auf Familienfeiern und Veranstaltungen ausgerichtet haben“, merkte Tobias Koch (CDU) an. „Im Großen und Ganzen könnten wir mit einem blauen Auge davonkommen“, sagte Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP). Dennoch bestehe die Gefahr, „dass im Herbst durchaus eine Welle von Insolvenzen auf uns zukommen kann“.

# Landtag will Veranstaltungsbranche helfen

**Abgesagte Konzerte, Volksfeste oder Messen: Die Veranstaltungsbranche leidet massiv unter der Corona-Pandemie. Der Landtag äußerte im September fraktionsübergreifend seine Sorge und debattierte über Hilfsmöglichkeiten. Gelobt wurden die kreativen Bemühungen von Schaustellern, Licht- und Bühnentechnikern und Co.**

Um der Branche eine Perspektive zu geben, könne er sich vorstellen, den Härtefallfonds des Landes aufzustocken, erklärte Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) in einer von der SPD angestoßenen Debatte. Aktuell umfasst der Fonds 65 Millionen Euro. Mitte September waren allerdings erst 15 Anträge bewilligt und gut 3,5 Millionen Euro ausgezahlt. Buchholz verwies auf schon erfolgte Lockerungen der Corona-Beschränkungen. Mit kleineren Veranstaltungen sei zwar keine große Wirtschaftlichkeit herzustellen, sagte der Minister: „Trotzdem haben wir versucht, Signale zu

setzen.“ Als Beispiel nannte er die Nordbau im September in Neumünster. Diese sei die einzige Baumesse in Europa in diesem Jahr gewesen. Ralf Stegner (SPD) mahnte einheitliche Vorgaben an: „Wenn ein Event in verschiedenen Bundesländern stattfindet und jedes Mal komplett neu konzipiert werden muss, um zur jeweiligen Landesverordnung zu passen, dann ist das eine Form von Kleinstaaterei, für die wir keinerlei Verständnis haben.“ An der Veranstaltungsbranche hingen in Deutschland rund zwei Millionen Arbeitsplätze, so Stegner – mehr als in der Autoindustrie. Hartmut Hame-

rich (CDU) forderte mehr Rechtssicherheit und eine einheitliche Musterverordnung, sonst würden „50 Prozent der Betriebe die Pandemie nicht überstehen“. Die Branche sei teils nicht leicht abzugrenzen, etwa vom Hotel- und Gaststättenbereich, machten Joschka Knuth (Grüne) und Christopher Vogt (FDP) deutlich. Förderungen müssten vereinfacht und bürokratische Hürden abgebaut werden, forderte Knuth. „Wir werden die Wirtschaftshilfen verlängern und anpassen müssen“, prognostizierte Vogt. Dafür sprach sich auch Christian Dirschauer (SSW) aus. „Die Meldung aus Berlin, nach der die Überbrückungshilfe bis Dezember fortgesetzt wird, stimmt mich zumindest vorsichtig optimistisch“, sagte Dirschauer. Der Wirtschaftsausschuss berät das Thema weiter.

# Mehr Rücksicht auf Behinderte gefordert

**Menschen mit Behinderung sollen trotz Pandemie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das betonten alle Redner bei einer Debatte im August. Knackpunkte waren der Mund-Nasen-Schutz und die Besuchsregelungen in Wohneinrichtungen.**

Die SPD fordert einen Ausweis für Menschen, die aufgrund einer Erkrankung oder Behinderung vom Tragen eines Mundschutzes befreit sind. „Nicht jeder Mensch kann einen Mund-Nasen-Schutz tragen“, sagte der Abgeordnete Wolfgang Baasch. Etwa bei Atemwegs- oder Angsterkrankungen gebe es Ausnahmeregelungen. Dennoch bekomme der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung immer wieder von betroffenen Bürgern zu hören, dass ihnen „auch in rüder Form“ der Zugang zu Geschäften oder Arztpraxen verwehrt worden sei. Ein Ausweis könne in solchen

Situationen Sicherheit geben, so Baasch. Auch mit Ausweis wären Menschen „bösen Blicken und Gemecker“ ausgesetzt, wendete Andrea Tschacher (CDU) ein. Entscheidend sei die gesellschaftliche Akzeptanz für Menschen, die von der Tragepflicht ausgenommen sind. Das Thema wird im Sozialausschuss weiter beraten. Frank Brodehl (damals AfD) sprach sich für „rechtssichere Schutz- und Besuchskonzepte“ für Wohnheime und Werkstätten aus. Es dürfe „keinen Rückfall in pauschale Betretungsverbote“ geben – wie zwischen März und Mai, als Menschen oftmals über Wochen von Freunden und Familie isoliert waren. Dennys Bornhöft (FDP) forderte, dass Besuchsmöglichkeiten „deutlich flexibler gehandhabt und mehr auf die jeweilige Person und ihr persönliches Risiko abgestellt werden.“ Und er fügte hinzu: „Das passiert mittlerweile.“



Wolfgang Baasch (SPD) fordert einen „einfachen und eindeutigen Ausweis“ für Menschen, die von der Maskenpflicht befreit sind.



Andrea Tschacher (CDU) möchte nicht „noch bürokratischer werden“. Stattdessen sei ein „respektvoller Umgang miteinander“ gefragt.



Warenhäuser als Corona-Opfer: Für das erste Quartal 2020 meldet das Statistikkamt Nord für Schleswig-Holstein einen Umsatzeinbruch von 18,8 Prozent beim Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren. Gleichzeitig verzeichnete der Internet- und Versandhandel ein Plus von 26,6 Prozent.

## Karstadt-Krise: Perspektiven für die Innenstädte gesucht

**Internethandel, veränderte Kundenbedürfnisse und dann Corona – die Innenstädte auch im Norden stehen am Scheideweg. Aktuelles Alarmsignal: die anstehenden Schließungen von vier der fünf Karstadt-Warenhäuser im Lande. Die Standorte Lübeck, Neumünster, Norderstedt und Flensburg stehen vor dem Aus, nur das Haus in Kiel soll bestehen bleiben. Der Landtag debattierte im August über Perspektiven für die Stadtzentren.**

Die Sozialdemokraten forderten mehr Landesgeld, etwa für die Transfergesellschaften, in denen die etwa 280 entlassenen Karstadt-Mitarbeiter fortgebildet werden sollen. Die Karstadt-Krise sei ein „Symbol für das langsame Sterben unserer Innenstädte“, so Serpil Midyatli (SPD). Die Landesregierung habe jedoch den Kampf um die Arbeitsplätze gar nicht erst aufgenommen, anders als die Regierungen in Nordrhein-Westfalen und Berlin. Dort sei die Schließung von Filialen verhindert worden. Christian Dirschauer (SSW) unterstützte den SPD-Vorschlag, die Transfergesellschaften zwölf statt sechs Monate

laufen zu lassen: Es wäre „richtig und wichtig, den Beschäftigten eine längere Übergangsphase zu gewähren, um den Betroffenen bessere berufliche Perspektiven zu ermöglichen“. Die Landesregierung ringe „um jeden Standort“, erklärte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU). Aber: „Galeria Karstadt Kaufhof ist nicht verhandlungsbereit“ und betrachte die Schließungen als „betriebswirtschaftlich notwendig“. Die Ministerin verwies auf die Hilfe aus öffentlichen Kassen für die Innenstädte. 120 städtebauliche Maßnahmen unterstütze das Land derzeit. Aus Landes- und Bundesmitteln seien beispielsweise 90 Millionen

Euro in die Modernisierung der Lübecker Altstadt geflossen und 100 Millionen nach Kiel. Joschka Knuth (Grüne) forderte: „Kein öffentliches Geld für verstaubte Geschäftsmodelle.“ Die Bedürfnisse der Menschen hätten sich geändert, so Knuth. Moderne Stadtkerne müssten Freizeit, Kultur und Entspannung bieten – und weniger Fahrzeuge: „In wirklich attraktiven Innenstädten fährt heute niemand mehr mit seinem Auto bis direkt vor das Geschäft.“ Das sah Kay Richert (FDP) anders: „Autofreie Innenstädte sind auch kundenfreie Innenstädte.“ Die Kommunen müssten neben „Sicherheit, Sauberkeit und abgestimmten Öffnungszeiten“ auch für mehr Parkraum sorgen. „Die Ära der Kaufhäuser alter Prägung neigt sich dem Ende zu“, unterstrich Peter Lehnert (CDU), und Volker Schnurrbusch (AfD) wies darauf hin, dass der Karstadt-Konzern bereits seit 20 Jahren Probleme habe.

## Infrastruktur-Sanierung: noch ein weiter Weg

Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) sieht Schleswig-Holstein auf gutem Weg, marode Schulen und veraltete Hochschul- und Klinikgebäude zügig wieder auf neuen Stand zu bringen. „Wir sind bei der Sanierung des Landes mit Siebenmeilenstiefeln unterwegs“, sagte Heinold Ende August bei der Debatte des Infrastrukturberichts 2020. Seit 2014 legt das Land alle zwei Jahre einen

solchen Bericht vor, in dem die Investitionen und der Sanierungstau aufgelistet werden. Dieser beträgt bis 2029 rund 6,3 Milliarden Euro, wobei Unwägbarkeiten wie Preissteigerungen hinzukommen. „Das ist noch ein großer Brocken, der auf unserer To-do-Liste vor uns liegt“, sagte Heinold. Etwa 5,8 Milliarden seien bereits eingeplant. Beate Raudies (SPD) kritisierte eine Finanzierungslücke

von rund 500 Millionen Euro. Betroffen seien der Küstenschutz mit 335 Millionen Euro, die Hochschulen mit 110 Millionen und das Uni-Klinikum UKSH mit 73 Millionen. Jörg Nobis (AfD) monierte, dass von der Autobahn A20 in dieser Legislaturperiode „kein einziger Meter“ gebaut werde – entgegen den Ankündigungen von Ministerpräsident Daniel Günther (CDU).

Kieler Woche 2020: Beim Segeln ist Schleswig-Holstein Heimat für Breitensportler wie für Top-Athleten.



## Ein Plan und mehr Geld für den Sport im Norden

Schleswig-Holstein soll noch mehr zum Sportland werden. Ende September gab es breites Lob für den Sportentwicklungsplan der Landesregierung, der 118 Handlungsempfehlungen für den Breiten- und den Spitzensport ausgibt. „Sport ist der Kitt der Gesellschaft“, sagte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU), die auch für den Sport zuständig ist.

Grundlage des Sport-Plans waren Gespräche mit Verbänden und Wissenschaftlern sowie eine Bürger-Umfrage. „Wir sind das erste Flächenland in Deutschland, das eine derartig umfangreiche Bestandsaufnahme in Angriff genommen hat“, sagte die Ministerin. Geplant sind eine Initiative zum Schwimmen-Lernen, die Stärkung des Sporttourismus oder eine dritte Sportstunde an der Schule in allen Klassenstufen. Außerdem wird vorgeschlagen, an einem zentralen Standort eine multifunktionale

Veranstaltungshalle für 15.000 Zuschauer zu bauen. Ein weiteres Ziel: Handball soll neben Rudern, Segeln und Beachvolleyball als Schwerpunktsportart anerkannt werden und damit mehr Fördermittel bekommen. Die Landesverbände der einzelnen Sportarten sollen Extra-Geld erhalten, um Profitrainer einzustellen, damit Leistungssporttalente besser gefördert werden. „Mit dem heutigen Tag schreiben wir ein kleines Stückchen Sportgeschichte“, sagte Barbara Ostmeier (CDU). „Jamaika hat die Latte

der Erwartungen hoch gehängt“, mahnte Kathrin Bockey (SPD). Der Sportentwicklungsplan müsse in den Kommunen realisiert werden – und die könnten Schwierigkeiten bekommen, die „hochfliegenden Erwartungen eigenverantwortlich umzusetzen“. Außerdem ging es um Fördergelder des Bundes. Berlin will 25 Millionen Euro bis 2024 für Schleswig-Holsteins Sportstätten bereitstellen. Das Geld kann aber nur abgerufen werden, wenn Land und Kommunen sich zu zehn beziehungsweise 15 Prozent beteiligen. Die Abgeordneten riefen die Landesregierung einstimmig auf, Mittel aus dem Corona-Nothilfeprogramm für den Sport zu reservieren. Die Rede ist von einer Rücklage in Höhe von 4,3 Millionen Euro.

## Landtag würdigt die Aktivitäten im Bereich Demenz

**Demenz ist ein wachsendes Problem in einer alternden Gesellschaft. Neben den Hilfsangeboten für Kranke und ihre Angehörigen komme es auf die Akzeptanz der Krankheit an, betonten Redner aller Fraktion in der Debatte über den schleswig-holsteinischen „Demenzplan“. Sozialminister Heiner Garg (FDP) zog Ende September eine positive Zwischenbilanz des 2013 aufgelegten Plans.**

Etwa 60.000 Menschen in Schleswig-Holstein leiden an der Krankheit. Das sind 20.000 mehr als noch vor zehn Jahren und etwa zwei Prozent der Bevölkerung. Ziel müsse ein „möglichst langer und selbstbestimmter Verbleib in der heimischen

Umgebung“ sein, betonte Garg. Die Corona-Pandemie sei eine besondere Herausforderung, so der Minister. Viele Betroffene könnten die Hygiene- und Abstandsregeln nicht verstehen. Zudem sei die zwischenzeitliche Isolierung in den Wohneinrichtungen sehr belastend gewesen. Der „Demenzplan“ nennt 80 Ziele und Empfehlungen – Wegweiser zu ortsnahen Hilfen, Tipps für Kommunen, neue Wohnformen oder eine Vertiefung des Themas in der Pflegeausbildung. Die Koordinierung der Hilfsangebote übernimmt das Kompetenzzentrum Demenz in Norderstedt, das vom Land mit mehr als einer Million Euro pro Jahr gefördert wird. „Es geht darum, allen Menschen, die direkt oder indirekt

von Demenz betroffen sind, ein gutes Leben zu ermöglichen“, betonte Christian Dirschauer (SSW). Er wies auf die Bedeutung der Prävention hin: „Auch, wenn eine Demenz nicht heilbar ist, kann Verlauf und Ausbruch um viele Jahre verzögert werden.“ „Menschen mit Demenz gehören zu unserem Alltag“, sagte Ines Strehlau (Grüne), „und deswegen sollten wir alle wissen, wie wir damit umgehen.“ Dennis Bornhöft (FDP) wies darauf hin, dass bisher nur die Hälfte der Krankenhäuser im Lande ein Konzept für Demenzkranke habe. Hier müsse nachgebessert werden. Ein „Modellprojekt Demenz im Krankenhaus“ forderte Claus Schaffer (AfD), der zudem feststellte: „Wir benötigen mehr Kurzzeitpflegeplätze.“

# Notkredite wegen Corona: SPD und SSW stützen den Jamaika-Kurs

Schleswig-Holsteins Steuereinnahmen brechen weg, als Folge der Corona-Pandemie. Die Landesregierung will mit Notfallkrediten in Milliardenhöhe reagieren. SPD und SSW sagten Ende September ihre Unterstützung zu – allerdings unter Bedingungen.

Die Corona-Krise sei eine „maximale Herausforderung“, betonte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne): „Gegen die Krise ansparen zu wollen, wäre der falsche Weg, weil wir das zarte Pflänzchen der Konjunktur wieder tot treten würden“. 4,5 Milliarden Euro neue Schulden soll das Land nach Heinolds Vorstellung für die kommenden Jahre aufnehmen. Davon sollen 2,5 Milliarden in das Infrastrukturprogramm „Impuls“ fließen. 517 Millionen sollen an die Kommunen gehen, und 100 Millionen sollen für Corona-Tests und mögliche Impfungen zur Verfügung stehen. Mit weiteren 1,4 Milliarden Euro will Heinold den Landeshaushalt in den Jahren 2021 bis 2024 stützen.

Im Landesetat klafft laut der Sonder-Steuerschätzung von Anfang September eine gewaltige Lücke. Bis 2024 muss das Land demnach mit rund 3,6 Milliarden Euro weniger auskommen als vor der Pandemie erwartet. Allein im laufenden Jahr wird wohl eine Milliarde Euro weniger in die Kassen fließen. Deswegen sollen neben den Krediten für die kommenden Jahre zusätzlich 1,2 Milliarden in den laufenden Haushalt 2020 gehen. Für diese Vorhaben bat Heinold um die Unterstützung der Opposition. Hintergrund ist die Schuldenbremse in der Landesverfassung. Dort wird eine Abkehr vom Sparkurs nur „im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen“ gestattet. Eine Zweidrittelmehrheit im Landtag muss zustimmen.

## „Harakiri“ kontra „guter Plan“

„Wir sind als Opposition bereit, Jamaika die Hand zu reichen“, erklärte Beate Raudies (SPD): „Jetzt ist parlamentarisches Handeln gefragt, über die Grenzen aller demokratischen Fraktionen hinweg.“ Die SPD drängt darauf, mit den Hilfgeldern die öffentliche Daseinsvorsorge stärker zu unterstützen, etwa Schulen und Krankenhäuser. „Die Kredite sind notwendig, und sie finden unsere Zustimmung“, stellte Lars Harms (SSW) klar. Er forderte mehr Geld für das „größte Problem“ der heutigen Zeit,

den Bau von Wohnungen. Die Gespräche zwischen SPD, SSW und Jamaika über die Ausgestaltung der Hilfen liefen bereits am Rande der Sitzung an. Jörg Nobis (AfD) übte scharfe Kritik an Heinolds Kurs: „Was Sie jetzt vorhaben, das ist finanzpolitisches Harakiri.“ Er rief die Ministerin auf, Einsparpotenziale aufzuzeigen und „den Bürgern schon heute zu sagen, was auf sie zukommt“.

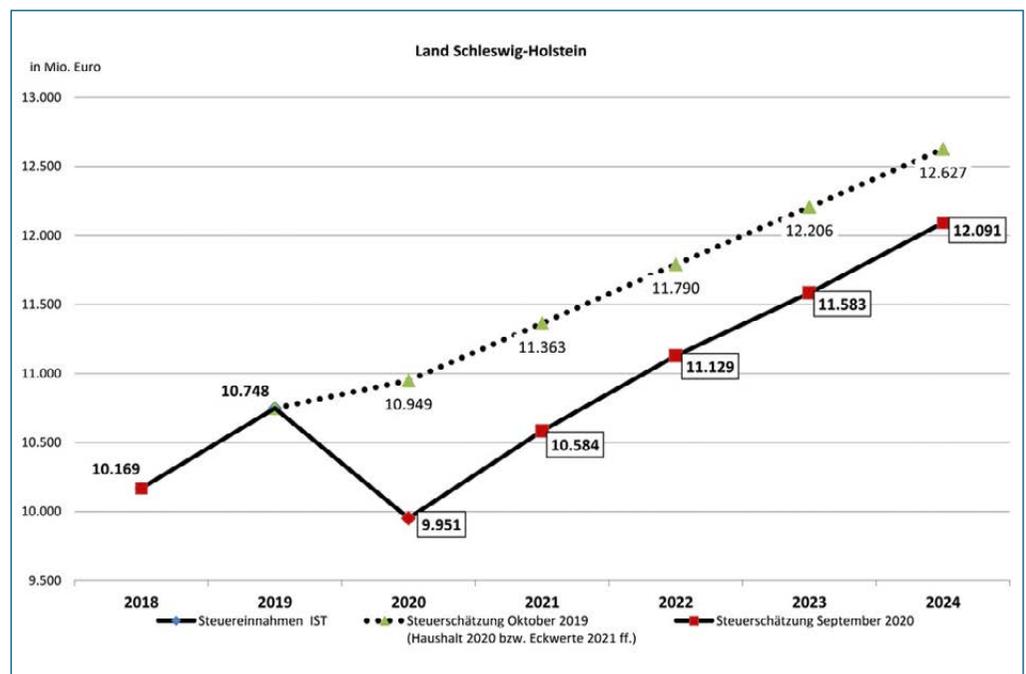
Die Jamaika-Fraktionen stellten sich eindeutig hinter die Ministerin. „Ohne weitere Kredite wird es nicht gehen“, merkte Ole Plambeck (CDU) an: „Massive Einsparungen oder Steuererhöhungen wären das komplett falsche Signal.“ Lasse Petersdotter (Grüne) sprach von einem „guten Plan“. Der Staat habe auch in den Jahren nach der Wiedervereinigung und in der Finanzkrise 2008/2009 massiv Kredite aufgenommen: „In einer solchen Krise sind wir jetzt auch.“ Es wäre ein schwerer Fehler, mahnte Annabell Krämer (FDP), den Rotstift bei den Investitionen anzusetzen, „denn nur Wirtschaftswachstum hilft uns weiter“.



Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) will mit Milliardenkrediten die Folge von Corona bekämpfen.

## Aktuell: Einigung erreicht

Zwei Tage nach der Debatte einigten sich Jamaika, SPD und SSW darauf, zusätzlich 124 Millionen Euro für die Krankenhäuser im Land bereitzustellen. Hinzu kommen ein Schulbau-Fonds in Höhe von 120 Millionen Euro und je 15 Millionen mehr für den sozialen Wohnungsbau in den kommenden vier Jahren. Das Gesamtvolumen von 4,5 Milliarden Euro soll bestehen bleiben.



Ein Knick und dann eine große Lücke: Die Grafik aus dem Finanzministerium zeigt den Corona-Effekt auf die Steuereinnahmen des Landes in den kommenden Jahren – im Vergleich zu den Erwartungen vor der Pandemie.

**Hartmut Hamerich**, CDU-Abgeordneter aus Stockelsdorf (Kreis Ostholstein) ist Ende August einstimmig als stellvertretendes Mitglied in die Regionalkammer des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE) gewählt worden. Er wird das Amt ab März 2021 für zwei Jahre bekleiden. Der KGRE ist die Vertretung der rund 200.000 regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in den 47 Mitgliedstaaten des Europarats.

**Jan Philipp Albrecht**, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, hat am 1. Juli für das Land Schleswig-Holstein die Vizepräsidentschaft der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (Helcom) übernommen. Darin arbeiten alle Anrainerstaaten sowie die EU zusammen, um die Verschmutzung der Ostsee zu bekämpfen und ihr ökologisches Gleichgewicht wiederherzustellen. Mitte 2021 wird Schleswig-Holstein das Amt an Mecklenburg-Vorpommern weitergeben.

## Trauer um Klaus Haller

Mit einer Schweigeminute hat der Landtag im August des ehemaligen CDU-Abgeordneten Klaus Haller gedacht, der am 19. Juni im Alter von 83 Jahren verstorben ist.



Der Jurist aus Neumünster gehörte dem Parlament von 1988 bis 1996 sowie von 1997 bis 2000 an. Beruflich war der gebürtige Gießener lange Jahre als Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Mittelholstein tätig. Landtagspräsident Klaus Schlie würdigte Haller als „zupackende Persönlichkeit“ und als Menschen, „der nicht nur reich an Ideen war, sondern auch entscheidungsfreudig“. Diese Eigenschaften habe Klaus Haller nicht nur in seine Landtagsarbeit eingebacht, sondern auch in seine langjährige Tätigkeit in der Neumünsteraner Ratsversammlung, wo er „bleibende Akzente“ für die Entwicklung der Stadt gesetzt habe.

**Claus Christian Claussen (CDU)**, Minister für Justiz und Europa, ist für den Rest der laufenden Mandatsperiode stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Regionen (AdR). Claussen folgt seiner Amtsvorgängerin und Parteikollegin Sabine Sütterlin-Waack, die zur Innenministerien ernannt wurde. Fester Vertreter des Landes im AdR ist der Grünen-Abgeordnete Bernd Voß. Der AdR kümmert sich in Brüssel um die Interessen der lokalen und regionalen Körperschaften gegenüber der EU-Kommission.



**Ulrike Stahlmann-Liebelt** ist seit 1. Juli Opferschutzbeauftragte des Landes. Die ehemalige Leitende Oberstaatsanwältin aus Flensburg setzt sich im Ruhestand ehrenamtlich für die Anliegen von Schleswig-Holsteinern ein, die Opfer einer Straftat geworden sind oder dies bei Angehörigen miterlebt haben. Zugleich ist im Justizministerium eine zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige eingerichtet worden. Die Anlaufstelle ist postalisch über das Justizministerium, telefonisch unter 0431/988-3763 sowie per E-Mail unter [zentraleanlaufstelle@jumi.landsh.de](mailto:zentraleanlaufstelle@jumi.landsh.de) zu erreichen.

## Runde Geburtstage

**Heiko Hoffmann** aus Bad Schwartau, von 1973 bis 1992 für die CDU im Landtag, Justizminister von 1985 bis 1988, Oppositionsführer von 1988 bis 1991, hat am 14. August seinen 85. Geburtstag gefeiert.

**Thomas Lorenzen** aus Meyn, von 1979 bis 1992 für die CDU im Landtag, hat am 23. Juli seinen 80. Geburtstag gefeiert.

**Rolf Rüdiger Reichardt** aus Bargtheide, von 1987 bis 1988 für die CDU im Landtag, hat am 18. September seinen 80. Geburtstag gefeiert.

**Ulrich Meyenberg** aus Stockelsdorf, von 1983 bis 1990 für die SPD im Landtag, hat am 22. September seinen 80. Geburtstag gefeiert.

**Wilhelm-Karl Malerius** aus Brunsbüttel, von 2000 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 27. September seinen 75. Geburtstag gefeiert.

**Gabriele Kötschau** aus Glücksburg, von 1988 bis 2005 für die SPD im Landtag, Landtagsvizepräsidentin von 1996 bis 2005, hat am 19. Juli ihren 70. Geburtstag gefeiert.

**Konrad Nabel** aus Ahrensburg, von 1987 bis 2009 für die SPD im Landtag, hat am 23. Juli seinen 70. Geburtstag gefeiert.

**Herzlichen Glückwunsch!**



## Blickpunkt Bundestag 2021

**Thomas Stritzl**, Landtagsabgeordneter von 1987 bis 2009, Landtagsvizepräsident von 2000 bis 2005 und Bundestagsabgeordneter von 2013 bis 2017, ist Direktkandidat der CDU für den Wahlkreis Altenholz/Kiel/Kronshagen. +++ **Gero Storjohann**, von 1994 bis 2002 für die CDU im Landtag und seitdem im Bundestag, tritt erneut im Wahlkreis Segeberg/Stormarn-Mitte an. +++ **Petra Nicolaisen**, Landtagsabgeordnete von 2009 bis 2017 und seitdem im Bundestag, bewirbt sich erneut für die CDU im Wahlkreis Flensburg-Schleswig. +++ **Johann Wadephul**, CDU-Landtagsabgeordneter von 2000 bis 2009 und seither im Bundestag, tritt wieder im Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde an. +++ **Michael von Abercron**, von 2009 bis 2012 im Landtag und seit 2017 im Bundestag, ist erneut CDU-Kandidat im Wahlkreis Pinneberg.

# Streit um Grote-Rücktritt

**Knapp zehn Stunden tagte Anfang September der Innen- und Rechtsausschuss, als es um den Rücktritt von Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) Ende April ging. Auf Drängen der SPD stellten sich sowohl Grote als auch Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) und weitere Minister und Staatssekretäre den Fragen. Die Fronten blieben verhärtet – während und auch nach der Sitzung.**

Im Ausschuss gab es einen Schlagabtausch mit schweren Vorwürfen. SPD-Fraktionschef Ralf Stegner urteilte, die Regierung habe in mehreren Punkten die Unwahrheit gesagt und die Öffentlichkeit über die wahren Gründe für Grotes Abgang getäuscht. Ministerpräsident Günther warf Stegner im Gegenzug vor, dieser stelle „seit Monaten in der Öffentlichkeit Falschbehauptungen auf“.

## Vertrauensverhältnis „nicht zu kitten“

Günther bekräftigte, fehlendes Vertrauen sei der Grund für die Trennung von Grote gewesen. Er habe sich von dem Minister falsch über dessen Kontakte zu einem Reporter und einem Funktionär der Deutschen Polizeigewerkschaft informiert gefühlt. Günther hatte über das Justizministerium sogenannte Bestra-Berichte der Staatsanwaltschaft Kiel erhalten. Hintergrund waren Ermittlungen gegen den Polizisten. Auf dessen Handy stellten Ermittler WhatsApp-Protokolle und E-Mails sicher. Dazu gehörte auch Kommunikation zwischen Grote und dem Journalisten.

Zunächst habe Grote erklärt, gar keinen Schriftverkehr mit den beiden geführt zu haben, so Günther. Drei Tage später habe es dann aber geheißt, es habe keinen „persönlich-vertraulichen“ Schriftverkehr gegeben. Angesichts dieser Widersprüche sei das Vertrauensverhältnis „nicht mehr zu kitten“ gewesen, erklärte der Ministerpräsident.

Grote widersprach dieser Darstellung. Er habe niemals abgestritten, schriftlichen Kontakt mit dem Polizisten und dem



Ministerpräsident Daniel Günther (CDU, hinten re.) und SPD-Fraktionschef Ralf Stegner (vorne li.) lieferten sich ein stundenlanges Wortduell. Neben Günther: Staatskanzleichef Dirk Schrödter und Grotes Nachfolgerin im Innenministerium, Sabine Sütterlin-Waack (CDU).

Reporter gepflegt zu haben. Das Verhältnis sei aber sehr formal gewesen. „Besonders enger Kontakt: eindeutig nein“, sagte Grote.

## Umbesetzung der Polizeispitze wurde Thema

Fragen wirft nach Ansicht der SPD ein Entwurf aus der Staatskanzlei für eine Pressemitteilung zum Ausscheiden Grotes auf. Darin sei der Vorwurf enthalten, der Minister habe für Verunsicherung in der Polizei gesorgt. Dieser Vorwurf tauchte in der veröffentlichten Version jedoch nicht auf. Stegner ist der Auffassung, dass die von Grote vorgenommene Neubesetzung der Polizeispitze im Jahr 2017 „Missfallen ausgelöst“ habe. In diesen Personalentscheidungen könne der eigentliche Grund für Grotes Ausscheiden gelegen haben.

„Es hat zwischen Herrn Grote und mir niemals Differenzen über seine Entscheidungen im Innenministerium gegeben“, erwiderte Günther. Dies habe auch für den von Grote veranlassten Wechsel an der Polizeispitze gegolten. Der Entwurf für die Rücktrittsmeldung sei vom Staatskanzleichef und vom Regierungssprecher angefertigt worden. Diese hätten sich auf verschiedene Szenarien eingestellt.

## Kieler Staatsanwaltschaft in der Kritik

Die SPD sieht es kritisch, dass die Leiterin der Kieler Staatsanwaltschaft, Birgit Heß, vor Grotes Ausscheiden an zwei Treffen in der Staatskanzlei teilgenommen hatte. Staatskanzleichef Dirk Schrödter entgegnete, Heß sei zur Klärung juristischer Fragen dabei

gewesen. Es sei darum gegangen, welche Teile der Bestra-Berichte in einem Gespräch mit Grote erwähnt werden dürften.

Zudem bemängelt die SPD, dass die Staatsanwaltschaft die Bestra-Berichte angefertigt habe, obwohl kein Strafverfahren gegen Grote laufe. Stegner warf die Frage auf, ob dies eigenmächtig oder auf Anordnung geschehen sei und forderte personelle Konsequenzen bei der Behörde.

## Reaktionen gehen weit auseinander

Lukas Kilian (CDU) nannte Stegner einen „politischen Geisterfahrer“. Der Grünen-Abgeordnete Burkhard Peters hielt dem SPD-Fraktionschef vor, „immer die gleiche Schleife“ zu drehen, ohne dass dabei etwas herauskomme. Auch Jan Marcus Rossa (FDP) griff den Oppositionsführer an: „Sie stricken an einer Geschichte, die sich so nicht abgespielt hat.“ Er könne nachvollziehen, dass Günther bei Grote einen Vertrauensbruch empfand, sagte Claus Schaffer (AfD).

Stegner wiederum sah seinen Verdacht bestätigt: „Die Wahrscheinlichkeit, dass die Äußerung des Ministerpräsidenten stimmt, geht gegen Null.“ Lars Harms (SSW) zeigte sich ebenfalls skeptisch. Die Gründe für Grotes Ausscheiden lägen nicht in einem angeblichen Vertrauensbruch, sondern woanders: „Grote muss schon vorher den Rückhalt in der CDU verloren haben.“



Aktuell: Der Bundesrat stimmte Mitte September, wenige Tage nach der Ausschusssitzung, einer Verordnung aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium zu, wonach es seltener als bisher routinemäßige Lebensmittelkontrollen geben soll. Ziel ist es, mehr Kapazitäten für anlassbezogene Kontrollen bei Problembetrieben zu schaffen. Schleswig-Holstein stimmte in der Länderkammer für die Vorlage. Verbraucherschützer warnten davor, die Regelkontrollen herunterzufahren.

## „Pottkieker-Gesetz“ schmeckt nicht jedem

Mit dem „Pottkieker-Gesetz“ der Landesregierung sollen Bürger die Hygiene in Gaststätten und Lebensmittelgeschäften schärfer kontrollieren können. Bei einer Anhörung des Umwelt- und Agrarausschusses gab es Mitte September aber viel Kritik an dem Vorhaben. Einerseits wurde mehr Transparenz für die Verbraucher gefordert, andererseits vor wirtschaftlichen Schäden für die Betriebe und vor einem erheblichen Mehraufwand für die Kontrolleure gewarnt.

Kernpunkt: Die Betriebe sollen laut dem Entwurf aus dem Justizministerium offenlegen, wie sie bei den Kontrollen der Gesundheitsämter abgeschnitten haben, etwa mit einem Aushang, einer Ergänzung der Speisekarte oder einem Papier, das auf Nachfrage ausgehändigt wird. Interessierte können zudem die Kontrollberichte bei den Behörden einsehen. Aber: Die Kontrolleergebnisse dürfen demnach nicht im Internet landen. Wer den Hygienebericht mitnimmt oder abfotografiert und dann veröffentlicht, dem drohen bis zu 1.000 Euro Buße. Gastwirte, die den Blick in die Papiere verweigern, müssen ebenfalls mit Geldstrafen rechnen.

### Dänischer Smiley als Vorbild?

Martin Rücker vom Verein Foodwatch sprach von einem „Transparenzverhinderungsgesetz“, das „zurück in die Schublade“ gehöre. Foodwatch hatte im vergangenen Jahr die Online-Plattform „TopfSecret“ mit ins Leben gerufen und damit die Debatte angestoßen. Dort können Ergebnisse von Hygienekontrollen veröffentlicht und abgefragt werden. „Die Verbraucher wünschen sich ein höheres Maß an Transparenz“, so Rücker. Sie wollten sich ein Bild machen, bevor sie ein Restaurant betreten. „Und sie wollen relevante Informationen an andere Menschen weitergeben.“ Das würde aber mit dem „unverhältnismäßig hohen Bußgeld“ verhindert.

Rücker verwies darauf, dass bundesweit jeder vierte Betrieb beanstandet werde, und dass dieser Wert seit Jahren konstant bleibe, trotz der Kontrollen. Der „Goldstandard“ sei das Smiley-System in Dänemark. Dort werden Vergehen deutlich mit einem Logo am Eingang offengelegt, und „Gute und Schlechte werden unterscheidbar gemacht“, so Rücker. Das schaffe den Anreiz, die Situation umgehend zu verbessern.

Kerstin Metzner (SPD) lobte den Smiley als barrierefrei, ganz anders als die derzeitigen Berichte. Diese seien für den internen Behördengebrauch gedacht und voller Fachsprache. Für den Verbraucher seien sie oft nicht nachvollziehbar – auch wenn sie in der Gaststätte auslägen. Anette Röttger (CDU) warf Foodwatch vor, ein „zu negatives Bild der Gesamtlage“ zu zeichnen. In Deutschland gebe es eine „hohe Lebensmittelsicherheit“.

### Betriebe am Pranger?

Marcus Girnau vom Lebensmittelverband Deutschland mahnte ein „ausgewogenes Verhältnis zwischen Verbraucher- und Wirtschaftsinteressen“ an. Er warf die Frage auf, welche Aussagekraft ein monatlicher Kontrollbericht habe. Sollte ein Mangel publik werden, dann könne dies auf Jahre hinaus im Internet „eine wahnsinnige Wirkung“ entfalten. Girnau forderte eine „Rehabilitierungsmöglichkeit“ für betroffene Unternehmen durch zeitnahe

Nachkontrollen. In Dänemark gebe es „innerhalb weniger Wochen eine neue Bewertung“, so Girnau. In Deutschland sei dies „mit dem aktuellen Personal“ nicht möglich. Deswegen sei das Smiley-System nicht übertragbar.

### Kontrolleure überlastet?

Eine zusätzliche Belastung für die Gesundheitsämter der Kreise befürchtete Sönke E. Schulz vom Landkreistag. „Rückfragen der Verbraucher zu den Kontrollen und zur Kontrollfrequenz“ könnten dazu führen, dass „die Zeit fehlt für die eigentliche Kontrolltätigkeit“. In Schleswig-Holstein gebe es 75 Fachkräfte in diesem Bereich, so Angela Sus vom Verband der Lebensmittelkontrolleure – bei 45.000 Betrieben. Die Behördenmitarbeiter müssten nicht nur die Hygiene prüfen, sondern auch Bauvorhaben begleiten, Neu-Gastwirte beraten oder die Angaben auf der Speisekarte prüfen. Das „Pottkieker-Gesetz“ könne zu einem höheren Zeitaufwand führen und damit zu weniger Kontrollen.

„Das Gesetz kann für das Tagesgeschäft eine immense Auswirkung haben“, mahnte auch Christian Dirschauer (SSW), denn die Lebensmittelkontrolle sei personell „nicht üppig“ aufgestellt. Diese Beobachtung hat auch die Sozialdemokratin Metzner gemacht: „Die Kommunen bemühen sich händeringend darum, Kontrolleure einzustellen, aber sie finden keine.“ Der Ausschuss berät den Entwurf weiter.

# Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

## Der Land-Tag will das Wort Rasse aus dem Grund-Gesetz streichen

Alle Menschen in Deutsch-Land haben Grund-Rechte. Zum Beispiel: Jeder darf seine Meinung sagen. Jeder darf reisen wohin er will. Jeder darf sich seine Religion aussuchen. Diese Grund-Rechte stehen im Grund-Gesetz.

Im Grund-Gesetz steht auch dass niemand Nachteile haben darf wegen dem Geschlecht oder der Herkunft. Oder wegen der Rasse.

Das Wort Rasse gehört aber nicht mehr ins Grund-Gesetz. Das finden die meisten Abgeordneten im Land-Tag. Denn es gibt keine Menschen-Rassen.

Ralf Stegner ist von der Partei SPD. Er sagt: Das Wort Rasse steht seit 70 Jahren im Grund-Gesetz. Das war kurz nach dem zweiten Welt-Krieg. In dem Krieg haben die Deutschen viele Menschen umgebracht. Weil diese Menschen einen anderen Glauben hatten. Oder weil sie aus anderen Ländern kamen. Diese Menschen wurden als andere Rassen betrachtet.

Deswegen steht im Grund-Gesetz: Kein Mensch darf Nachteile haben weil er anders ist. Das soll auch so bleiben. Aber ohne das Wort Rasse.

Aminata Touré ist von den Grünen. Sie sagt: Auch heute gibt es Rassismus. Das heißt: Menschen haben Nachteile weil sie anders aussehen als die Mehrheit. Zum Beispiel weil sie eine schwarze Haut haben.

Im Land USA gibt es Proteste gegen die Polizei. Weil Polizisten oft Gewalt anwenden gegen Menschen mit schwarzer Haut. Auch in Deutsch-Land gibt es solche Probleme.

Claus Schaffer ist von der Partei AfD. Er sagt: Das Grund-Gesetz ist klar und deutlich. So wie es ist. Ohne das Wort Rasse geht eine wichtige Botschaft verloren. Deswegen soll das Wort bleiben.



Protest gegen Gewalt und Rassismus im Land USA

## Erklärung:

**Die ersten 19 Artikel vom Grund-Gesetz enthalten die Grund-Rechte.**

**In Artikel 3 steht:**

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

## Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

**Landesplanungsgesetz:** Schleswig-Holsteins Raumplanung wird flexibler. Gemeinden können künftig „in herausragenden Fällen“ rascher als bisher Neubaugebiete ausweisen, Handy-Funkmasten errichten, Gewerbe anlocken oder neue Energieträger ansiedeln. Das sieht eine bundesweit einmalige „Experimentierklausel“ vor, die Jamaika, AfD und SSW im Landesplanungsgesetz verankert haben. Ein Kernpunkt: Beteiligungsverfahren werden digitalisiert und beschleunigt. Die SPD votierte dagegen und warnte davor, die Mitsprache der Bürger einzuschränken. Ihr Gegenentwurf scheiterte jedoch an den anderen Fraktionen.

Bislang war ein Zeitraum von vier Monaten vorgesehen, in denen Planungsunterlagen öffentlich auslagen. Diese Zeitspanne wird nun flexibilisiert auf einen Korridor von ein bis vier Monaten. Die Öffentlichkeitsbeteiligung kann nun auch digital ablaufen, eine Papierversion soll es aber dennoch geben. Dies sei „ein Rückschritt in der Beteiligungskultur dieses Landes“, kritisierte Kirsten Eickhoff-Weber (SPD), denn viele Menschen, etwa Behinderte, hätten Schwierigkeiten mit digitalen Medien, und die Papierfassung werde nur an einem einzigen Standort im Lande einsehbar sein.

„Jeder kann sich jederzeit bequem von zuhause aus die Unterlagen ansehen“, hielt Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) dagegen, deren Ministerium das Vorhaben im Februar auf den Weg gebracht hatte. Interessierte seien nun nicht mehr an die Öffnungszeiten der Behörden gebunden.

**Grundsteuer:** Beim Thema Grundsteuer ist Jamaika noch nicht auf einer gemeinsamen Linie. Das wurde Ende September im Landtag deutlich. Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) sprach sich erneut für das sogenannte Bundesmodell aus. Dies sei „eine pragmatische, gerechte, gute Lösung“. Auch Lasse Petersdotter (Grüne)

nannte dieses System „durchaus sinnvoll“. Demgegenüber sah Tobias Koch (CDU) in dem Bundesmodell eine „Diskriminierung privater Mieter gegenüber Wohnungsgesellschaften“. Annabell Krämer (FDP) kritisierte den Berliner Vorschlag als „so kompliziert, dass kein Mensch ihn versteht“.

2018 hatte das Bundesverfassungsgericht das geltende Steuermodell für verfassungswidrig erklärt. Die Steuer muss ab 2025 nach einem neuen System berechnet werden. Die Länder können entscheiden, ob sie die Berechnungsmethode des Bundesfinanzministeriums nutzen oder eine eigene entwickeln. Das Bundesmodell stützt sich auf den Wert, die Mieteinkünfte und auch auf die Fläche einer Immobilie. Demnach soll die Grundsteuer in weniger teuren Lagen niedriger ausfallen als in teuren Lagen. Dafür müssten alle 35 Millionen Grundstücke in Deutschland neu bewertet werden, davon 1,3 Millionen im Schleswig-Holstein.

Demgegenüber haben mehrere Länder, etwa Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen, Modelle vorgelegt, die die Steuer hauptsächlich anhand der Grundstücksfläche berechnen. Befürworter dieser Varianten führen an, dass keine aufwendige Neubewertung der Immobilien nötig sei. Mit 450 Millionen Euro jährlich ist die Steuer eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen in Schleswig-Holstein.

Beate Raudies (SPD) warf Jamaika vor, ein „peinliches Schauspiel“ aufzuführen. Sie rief die Koalition auf, „endlich mal Nägel mit Köpfen zu machen“.

**Kommunalverfassung:** Kommunale Gremien können im Notfall zukünftig auch online tagen. Das hat der Landtag Ende August einstimmig beschlossen. Auslöser der entsprechenden Änderungen im Kommunalrecht war die Corona-Krise. „Bei Naturkatastrophen, aus Gründen des Infektionsschutzes oder vergleichbaren

außergewöhnlichen Notsituationen“ ist es künftig erlaubt, Sitzungen etwa als Videokonferenz abzuhalten. Vor diesem Hintergrund können Gemeindevertreter zukünftig auch Zuschüsse für ihren privaten PC und das notwendige Zubehör beantragen.

Weitere Änderungen im Kommunalrecht betreffen Wahlen. Die neuen Regelungen ermöglichen es, zu einer konstituierenden Sitzung bereits im Vorfeld einer Kommunalwahl einzuladen. Gewählte Vorsitzende einer Stadtvertretung dürfen zukünftig als „Stadtpräsident“ bezeichnet werden.

**Altersversorgung Feuerwehr:** Wenn Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr infolge eines Einsatzes versterben, dann können deren Lebenspartner künftig auch dann entschädigt werden, wenn sie nicht mit dem Verstorbenen verheiratet waren. Das hat der Landtag gegen die Stimmen der AfD im August beschlossen.

Der Forderung der SPD nach einer sogenannten „Löschrente“ erteilte das Plenum dagegen eine Absage. Nach Auffassung der Sozialdemokraten sollten all jene Feuerwehrleute eine zusätzliche individuelle Altersversorgung erhalten, die sich ehrenamtlich bei der freiwilligen Feuerwehr engagiert haben.

**Badesicherheit:** Die gesetzlichen Regelungen zur Wasserrettung bleiben auf ein Minimum beschränkt. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Jamaika-Koalition und des SSW zum Badesicherheitsgesetz wurde im September gegen die Stimmen der SPD angenommen. Das Papier bestätigt die in den vergangenen Jahrzehnten gewachsenen Strukturen. Die Sozialdemokraten hatten dagegen gefordert, dass Gemeinden und Land neue Aufgaben zugeteilt werden. Dieser Vorstoß fand aber keine Unterstützung.

# Altenparlament pocht auf „Grundbedürfnisse“ und digitale Angebote

Der Corona-Lockdown hat viele Senioren stark betroffen. Alleinstehende und Heimbewohner litten oft unter Einsamkeit. Das schleswig-holsteinische Altenparlament sieht deswegen dringenden politischen Handlungsbedarf. „Die Grundbedürfnisse nach Bewegung und sozialen Kontakten sind bei künftigen Pandemieplanungen angemessen zu berücksichtigen“, heißt es in dem Abschlusspapier. Außerdem forderten die 42 Vertreter von Sozialverbänden, Seniorenräten, Gewerkschaften und Parteien Mitte September in Kiel eine Digitalisierungsoffensive.

Wohn- und Pflegeheime sollen grundsätzlich mit W-LAN und ausreichend Computern ausgestattet werden, und die Bewohner sollen im Umgang mit der Technik geschult werden. Insgesamt müsse das Land dafür sorgen, dass Senioren „im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung nicht den Anschluss verlieren“. Digitale Kompetenz fördere die „Teilhabe älterer Menschen an der Gesellschaft“. Die Technik müsse „möglichst barrierearm“ sein, fordert das Altenparlament. Webseiten, PCs und Smartphones müssten „visuell und funktional auch für die ältere Generation gestaltet“ werden.



Darüber hinaus regt das Altenparlament Modellprojekte für generationsübergreifende Wohngemeinschaften sowie den Bau weiterer Sozialwohnungen an. „Systemrelevante“ Berufe in der Alten- und Krankenpflege sollen besser bezahlt werden. Und: Auf dem Land soll die Gemeindegewerkschaft reaktiviert werden. Es war bereits das 32. Senioren-Treffen im Landtag. In diesem Jahr nahmen wegen Corona

nur halb so viele Delegierte teil wie sonst üblich. Die 34 Anträge gehen nun an die Fraktionen des Landtages, die Landesregierung und die Bundestagsabgeordneten aus dem Norden. Der Erfahrungsaustausch sei dieses Mal besonders wichtig, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie zum Auftakt. Corona habe gezeigt, dass die Politik auf die Hilfe und die Ratschläge der älteren Generation angewiesen sei.



## Gerontologe Fretschner fordert generationenübergreifendes Denken

**Das Verhältnis von Jung und Alt birgt ein hohes Konfliktpotenzial. Deswegen muss die Politik stets die Interessen aller Generationen berücksichtigen. Das forderte der Gerontologe Rainer Fretschner in seinem Fachvortrag für das Altenparlament.**

Ein zentraler Konfliktherd sind nach Überzeugung des Professors an der Berliner Alice-Salomon-Hochschule die sozialen Sicherungssysteme. Trotz der erheblichen finanziellen Beiträge der jüngeren Generationen sei die Situation in vielen Alten- und Pflegeheimen so angespannt, dass es zu einer massenhaften „Altenwohlgefährdung“ komme. Zugleich

steige der Anteil älterer Menschen stetig an, wegen der höheren Lebenserwartung und der gesunkenen Geburtenrate. Eine Folge: Jüngere haben bei Wahlen immer weniger Einfluss. Angesichts dieser Entwicklungen müssten die Generationen zusammenarbeiten, mahnte Fretschner und verwies darauf, dass die Fridays-for-Future-Bewegung ohne das Engagement älterer Klimaschützer bei weitem nicht so großen Einfluss bekommen hätte. Die Politik mahnte er, generationenübergreifend zu denken. So müsse die Situation in den Heimen verbessert werden, ohne die jüngere Generation übermäßig mit steigenden Sozialbeiträgen zu belasten.



## Neue Video-Serie des Landtages ist seit Mitte September online

Von den Aufgaben des Landtagspräsidenten bis hin zu aktuellen Ereignissen: In einem neuen Videoformat sprechen Landtagspräsident Klaus Schlie und der Historiker Jan Schlürmann, der auch als Redenschreiber in der Landtagsverwaltung tätig ist, über unterschiedliche Themen rund um den Landtag. „Wir wollen über die Demokratie und über die Arbeit des

Parlaments informieren“, erklärt Schlie. „Wir wollen uns darüber unterhalten, was die Menschen in Schleswig-Holstein interessiert.“ Die Videos werden in loser Folge auf der Website und auf dem YouTube-Kanal des Landtages veröffentlicht. Thema des ersten Videos ist die Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark vor 100 Jahren.

## Ostseeparlamentarier: Sorge um Belarus und um den Meeresschutz

Der Machtkampf in Belarus überschattete die diesjährige Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC). Gastgeber war Ende August Litauen, wo die Vorgänge im Nachbarland Sorgen bereiten. Zum Auftakt betonte Sigitas Mitkus, außenpolitischer Berater des litauischen Staatspräsidenten Gitanas Nausėda, seine Unterstützung für die „Bemühungen der Menschen in Belarus auf ihrem Weg zur Freiheit“. In Belarus, auch Weißrussland genannt, hat sich nach einer mutmaßlich manipulierten Präsidentschaftswahl eine Volksbewegung gegen Machthaber Alexander Lukaschenko gebildet.

Wegen der Corona-Pandemie fand die BSPC in diesem Jahr erstmals als Online-Treffen statt. Auch eine vierköpfige Delegation des Landtages beteiligte sich von Kiel aus an dem ganztägigen Programm aus Vorträgen und Diskussionen. „Gute Nachbarschaft und gemeinsame Ziele sind gerade in Zeiten der Covid-19-Pandemie so wichtig“, unterstrich der CDU-Abgeordnete Hartmut Hamerich. In ihrer 33 Punkte starken Abschlussresolution richten sich die rund 150 Teilnehmer an die regionalen und nationalen Regierungen und an die EU. Sie fordern weniger Nährstoffeinträge ins Meer, ein gemeinsames Vorgehen gegen Munition und Wracks am Meeresgrund und gegen treibende „Geisternetze“, mehr digitale Gesundheitsangebote im Kampf gegen Corona und weniger Hürden für Arbeitsmigranten im Ostseeraum.

Es war das 29. Treffen seit 1991. In der BSPC sind Parlamentarier aus Deutschland, Russland, Polen, Schweden, Norwegen, Finnland, den Åland-Inseln, Dänemark, Grönland, den Färöer-Inseln, Island, Estland, Lettland und Litauen vertreten. Aus Deutschland kommen Abgeordnete des Bundestages sowie der Landesparlamente von Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. Im kommenden Jahr ist Stockholm Gastgeber. Dort soll eine „Vision des Ostseeraums bis 2030“ beschlossen werden, die Ziele in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Umweltschutz, Gesundheit und Digitalisierung formuliert.

## Emmi für Plattschnacker: Dat geht wedder los



Emmi is en lütt gussiesern Meerjungfer. Se süht richtig smuck ut. Emmi söcht nu en nieges Tohuus. Un twaars bi Plattschnacker, de wat för uns Regionolspraak doot. Denn de „Emmi för Plattdüütsch“ is en Pries, den de Sleswig-Holsteenske Landdag tosamen mit de Heimatbund un dat Ministerium för Bildung, Wetenschap un Kultur op’e Been stellt hett. Alle twee Jahr künt sik Lüüd ut’e Kinnergoorns, ut’e Scholen, vun’e Unis un Hochschulen, vun’e Grundschulen, de Sekundarstufe I un II un vun’e Vereene un Verbänne üm de iesern Deern bewarben. Mit passen Platt-Projekte. Jedeen gode Idee tellt. Ob dat nu Theoter is, Filme, Speele, Böker, wetenschapli Arbeiten, soschale Projekte, Musik, Ünnerichtskraam, Platt-Apps oder sünstwat. Haptsaak, dat hett wat mit Platt oder över Platt to doon. Dor künt enkelte Lüüd jüst so mitmaken as ok Gruppen un Schoolklassen. De Chance, een Emmi mit na Huus to nehmen, is groot. Denn dat gifft för jedeen Rebeet eene egen lütt Emmi to gewinnen. Nuch Tiet hebbt de Plattschnacker noch – denn se mööt eerst an’ 22. März 2021 trech ween. De Fier för de Winners is dann in’n Juni in’t Landeshuus.

**Mehr Informatschonen gifft dat hier:**

Tel. 0431/988-1164 · [plattdeutsch@landtag.ltsh.de](mailto:plattdeutsch@landtag.ltsh.de)

# Politik für Grundschüler: Ein neuer Fall für die „Förde-Detektive“

Emma, Paul und Nitro übernachteten bei Emmas Onkel am Westensee. Mitten in der Nacht hören sie Schüsse – und finden am nächsten Morgen einen verletzten Hund. Angeschossen! Wer schießt hier im Schutz der Dunkelheit auf Tiere? Die Ermittlungen der drei Freunde führen sie auf die Spur der Wölfe – die nicht bei allen Menschen beliebt sind. Bei ihrer Suche hilft ihnen die Landtagsabgeordnete Nele Kroog. So beginnt das Kinderbuch „Schüsse in der Nacht“, das der Landtag gemeinsam mit dem Hamburger Oetinger-Verlag entwickelt hat. Neben dem spannenden Kriminalfall vermittelt das rund 150 Seiten starke Buch, wie Politik funktioniert. Im vergangenen Jahr hat der erste Fall der „Förde-Detektive“ viele junge Leseratten begeistert, die Auflage war rasch vergriffen. Nun schickt Autor Christian Tielmann seine Helden erneut auf eine spannende Reise quer durch Schleswig-Holstein.

## Leseprobe

### Kapitel 1: Nachts am Westensee

„Was war das?“

Paul schreckte von seiner Matte hoch.

Noch ein Schuss zerriss die Stille der Nacht am Westensee.

Paul sah im fahlen Mondlicht das Gesicht von Emma, die links neben ihm in ihrem Schlafsack hockte. Sie hatte die Beine angezogen und die Augen weit aufgerissen.

„Da schießt einer“, hauchte es rechts neben Paul. Sein Freund Nitro saß nicht weniger erschrocken da als Emma: Er starrte auf das kleine Fenster im Dachgiebel der Scheune.

Die drei Freunde aus Kiel hatten am Wochenende eine Radtour zu Emmas Onkel Jussuf raus an den Westensee gemacht. Sie hatten eine Nacht in Jussufs alter Scheune und einen Badetag im Westensee geplant – und natürlich die Rückfahrt nach Kiel. Schüsse in der Nacht gehörten eigentlich nicht zum Programm.

Paul sah auf die Uhr. „23:33 Uhr“, murmelte er.

Emma und Nitro sagten kein Wort. Sie alle lauschten gespannt, ob sie noch etwas hören konnten. Aber alles schien still zu sein.

Paul stand von der Matte auf. Der Mond warf einen viereckigen silbergrauen Lichtfleck auf die groben Holzdielen des Heubodens. Ein paar zerfetzte Wolken trieben am Himmel vorüber.

„Pass auf, Paul!“, flüsterte Nitro. „Geh vom Fenster weg!“

Paul stellte sich rechts neben das Fenster und lugte vorsichtig raus. Aber er konnte nichts Verdächtiges entdecken. Der See lag auf der linken Seite da und wurde vom Mond beschienen. Das Licht spiegelte sich in den sanften Wellen, sodass der Westensee ein wenig knitterig erschien. Er erinnerte Paul an das Gesicht eines alten Mannes. Die Wiesen und Felder, die sich gegenüber des Fensters bis nach rechts zur Landstraße hin erstreckten, wirkten leer.

In der Ferne hörten sie ein Auto, das beschleunigte.

„Diesel“, murmelte Nitro ziemlich automatisch. Aber die Marke des Wagens konnte auch Pauls technikbegeisterter Freund nicht erraten.

Paul guckte vorsichtig nach rechts, Richtung Landstraße. Kein Auto zu sehen.

Sollen wir Jussuf wecken?“, fragte Nitro bange.

Paul schüttelte den Kopf. „Vielleicht war das ja nur eine Fehlzündung des Autos oder so“, sagte er und legte sich wieder zwischen seine Freunde Emma und Nitro.

„Fehlzündungen klingen aber anders“, sagte Nitro und drehte sich um. „Ich kenn mich aus mit Sprengstoff. Das waren Schüsse. Ganz bestimmt.“ Er klang schläfrig.

„Wir fragen Jussuf morgen.“ Emma gähnte. „Vielleicht war es ja ein Jäger, dem ein armes Wildschwein vor die Flinte gelaufen ist.“

Paul schloss die Augen. Aber seine Augenlider hielten davon anscheinend nicht viel. Sie sprangen wie von allein wieder auf, als wäre eine Feder eingebaut. Der blonde Junge wälzte sich auf der harten Matte hin und her. Paul glaubte nicht, dass er in dieser Nacht noch einmal einschlafen würde.

Dass das Gegenteil der Fall war, merkte er erst, als die Sonne, Emma, Nitro und Jussufs Kater Brocki ihn weckten.

„Aufstehen, Schlafmütze!“ Emma und Nitro waren schon angezogen. Und Brocki saß fett und zufrieden auf Pauls Bauch. Die Sonne stand bereits hoch am Himmel.

„Wie spät ist es?“, fragte Paul.

„Zehn Uhr durch! Wir haben Brötchen geholt, Jussuf und Steffi haben schon das Boot ins Wasser geschmissen. Und du pennst hier wie ein Murmeltier!“, plapperte Nitro fröhlich los.

„Murmeltier“, verbesserte Paul und rieb sich die Augen. „Und die schlafen gar nicht so viel.“

„Eben. Die meine ich ja auch nicht. Ich meine den Transsibirischen Murmeltier“, sagte Nitro.

... und weiter geht's im Buch! Das Abenteuer gibt es exklusiv und kostenlos beim Landtag. Einzelpersonen erhalten bis zu drei Exemplare, an Schulen werden auch Klassensätze abgegeben:

[bestellung@landtag.ltsh.de](mailto:bestellung@landtag.ltsh.de)





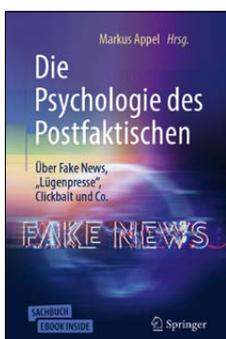
## Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



**Ingo Zamperoni: Anderland. Die USA unter Trump – ein Schadensbericht.** Berlin: Ullstein 2018. 205 S.

Der frühere USA-Korrespondent der ARD und jetzige Tagesthemen-Moderator Ingo Zamperoni versucht, das Phänomen Donald Trump zu erklären. Er beschreibt den US-Wahlkampf 2016 sowie Trumps Politik, Verhalten und Sprache im ersten Jahr seiner Präsidentschaft. In dieser Zeit seien Schäden entstanden, so Zamperoni: Außenpolitisch ist die Glaubwürdigkeit Amerikas als verlässlicher Partner beschädigt, innenpolitisch erlebte er Brüche, die sogar quer durch Familien gehen. Er besuchte Trumps Wähler, die sich nicht mehr von der Politik in Washington vertreten fühlten, und kommt zu dem Schluss, dass Trump nicht die Ursache, sondern ein Symptom für die gesplante amerikanische Gesellschaft ist.



**Die Psychologie des Postfaktischen: Über Fake News, „Lügenpresse“, Clickbait & Co.** Hrsg.: Markus Appel. Berlin: Springer 2020. 215 S.

In diesem Sammelband geht es in 18 Kapiteln um das Postfaktische, also um Fake News, „Lügenpresse“, Clickbait, Filter Bubbles, Verschwörungstheorien und ähnliche Phänomene. Diese beherrschen aktuell das Internet und die sozialen Netzwerke, wie die Autorengruppe um den Medienpsychologen Markus Appel in diesem Sach- und Lehrbuch auf verständliche und anschauliche Weise darstellt. Abseits aller Hysterie erhalten die Leser Einblick in faszinierende Erkenntnisse der Psychologie, mit deren Hilfe sich die schillernden Phänomene der Kommunikation im digitalen Zeitalter besser verstehen lassen.



**Dietrich Duppel, Martin Krieger: Nord-Ostsee-Kanal. Biografie einer Wasserstraße.** 2. Aufl. Kiel/Hamburg: Wachholtz 2020. 191 S.

Am 20. Juni 1895 wurde nach achtjähriger Bauzeit der Kaiser-Wilhelm-Kanal eröffnet. Als Nord-Ostsee-Kanal feiert der meistbefahrene künstliche Wasserweg der Welt in diesem Jahr seinen 125. Geburtstag. Martin Krieger, Professor für Nordeuropäische Geschichte an der Kieler Christian-Albrechts-Universität, und der Dokumentarfilmer Dietrich Duppel schildern faktenreich und mit teils noch nie gezeigten Bildern die erstaunliche Geschichte dieses Megabauwerks. Ihr Buch vereint aktuelle Forschungsergebnisse mit spannenden Erzählungen von Einzelschicksalen, deren Leben der Kanal verändert hat.

## Zeitschriftenabo

„Der Landtag“ kommt zu Ihnen ins Haus – vier Mal im Jahr und natürlich kostenfrei! Wenn Sie die Landtagszeitschrift abonnieren möchten, wenden Sie sich bitte an:

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**  
L 1415  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Fax: 0431 988-1639  
[bestellungen@landtag.ltsh.de](mailto:bestellungen@landtag.ltsh.de)

## Impressum

### Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

### Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit,  
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)  
Tel. 0431/988-1130, [johannes.utzolino@landtag.ltsh.de](mailto:johannes.utzolino@landtag.ltsh.de)

Karsten Blaas (Redakteur)  
Tel. 0431/988-1125, [karsten.blaas@landtag.ltsh.de](mailto:karsten.blaas@landtag.ltsh.de)

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)  
Tel. 0431/988-1122, [yvonne.windel@landtag.ltsh.de](mailto:yvonne.windel@landtag.ltsh.de)

### Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Yvonne Windel, Detlef Ziep, Janine Wergin, Vivien Albers, Anna Gellner, Lea Meyer, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Stadtarchiv Kiel 2.3, Magnussen 30748, Oetinger-Verlag, Wachholtz-Verlag, Springer-Verlag, Ullstein-Verlag, Picture-Alliance, Gabi Schönemann/pixelio.de, BSPP/Seimas Litauen, The World/New York

### Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel,  
[www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de);  
Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

### Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel,  
[www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de);

### Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH  
Billstraße 103, 20539 Hamburg

### Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)  
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,  
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639,  
Fax 0431/988-1119, [bestellung@landtag.ltsh.de](mailto:bestellung@landtag.ltsh.de)

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,  
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. September 2020

Der Landtag im Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)

# Abgeordnete persönlich



**Lukas Kilian, CDU**  
geboren am 30. Dezember  
1986 in Hamburg,  
Rechtsanwalt

## Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Es gab nicht das eine große Erlebnis, vielmehr habe ich von der Schulzeit an als Klassensprecher und Schulsprecher mein Umfeld mitgestalten wollen. In der Politik fing es als Mitglied der Jungen Union an und ging kommunalpolitisch bei Schulbusverkehren weiter.“

## Was wollten Sie als Kind werden?

„Förster. Ich will aber nicht ausschließen, dass ein Forsthaus im ZDF meinen Blick auf den Beruf etwas verklärt hat.“

## Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Natürlich Sport! Dicht gefolgt von Geschichte und Politik.“

## Was war ihr allererster Job?

„In sehr jungen Jahren war ich Zeitungsausträger für ein lokales Wochenblatt. Leider befand sich das Unternehmen schon zum Zeitpunkt meiner Einstellung in Zahlungsschwierigkeiten. Schlussendlich habe ich nach mehreren Monaten fast gar kein Gehalt bekommen. Die Briefe vom Insolvenzverwalter waren dann sehr ernüchternd.“

## Was macht Sie wütend?

„Lange Planungsverfahren. Es kann nicht sein, dass Bauvorhaben wie eine Autobahn oder eine Windkraftplanung Ewigkeiten brauchen. Wir müssen irgendwann an den Punkt kommen: Jetzt machen wir es! Vorher muss der bestmögliche Interessensausgleich erreicht werden.“

## Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Unsere Straßen, Radwege, Krankenhäuser, Schwimmbäder – einfach alles, wo es noch einen Investitionsbedarf gibt. Wir haben in Schleswig-Holstein noch viele Themen.“



**Christian Dirschauer, SSW**  
geboren am 13. Mai 1981  
in Flensburg, Oberamtsrat,  
Diplom-Verwaltungswirt (FH),  
dänische Kirche in Südschleswig,  
verheiratet, drei Kinder

## Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich habe mich schon als Jugendlicher für politische und wirtschaftliche Zusammenhänge interessiert. Als Angehöriger der dänischen Minderheit, in dessen Familie sich über Generationen hinweg Menschen in den Vereinen und Verbänden der Minderheit engagiert haben, war auch der Weg zum SSW nicht weit für mich.“

## Was wollten Sie als Kind werden?

„Lehrer und Maurer. Beides ist es dann allerdings nicht geworden. Für ein Maurerpraktikum mit 15 Jahren und eine Tätigkeit als Lehrender im verwaltungsinternen Unterricht der Stadtverwaltung Flensburg in den Fächern ‚Privatrecht‘ und ‚Beamtenrecht‘ hat es dann aber doch noch gereicht.“

## Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Geschichte, was ich immer noch interessant und spannend finde. Dies spiegelt sich auch heute noch in der Auswahl meiner Bücher und Zeitschriftenabos wider. Die Zeit zum Lesen ist dann allerdings leider begrenzt.“

## Was war ihr allererster Job?

„Noch zu Schulzeiten habe ich einen sogenannten 630-Mark-Job bei einer großen Konsumgenossenschaft angenommen. Das war eine lehrreiche Zeit. Und man lernte die unterschiedlichen menschlichen Charaktere kennen. Das hat mir bei meinem späteren beruflichen Werdegang durchaus geholfen.“

## Was macht Sie wütend?

„Diskurse, die nicht ehrlich und mit offenem Visier geführt werden, konnten mich in meiner bisherigen beruflichen Laufbahn insbesondere als Personalrat und später als Personalleiter durchaus auch mal wütend machen. Ich finde, es ist eine Frage des Respekts, ehrlich miteinander umzugehen.“

## Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Unter anderem die Familien mit Kindern müssen verstärkt unterstützt werden. Das hat meines Erachtens auch gerade der Corona-Lockdown nochmal deutlich gemacht. Auch das Thema Altersarmut treibt mich um. Gleichzeitig muss ich als Angehöriger der dänischen Minderheit feststellen, dass es mit der gebotenen Gleichstellung in der Praxis immer wieder hapert – das geht so nicht.“

# Zu Besuch im Landeshaus



Auch in diesem Herbst schmückt wieder eine Erntekrone die Eingangshalle des Landeshauses. Sie wird im jährlichen Wechsel von einem Kreisverband der Landjugend gebunden. In diesem Jahr kommt der Getreidekranz aus Rendsburg-Eckernförde.



Bundesumweltministerin Svenja Schulze war eine der Rednerinnen bei der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC). Die SPD-Politikerin sprach zum Thema Meeresschutz. Wegen der Corona-Pandemie trafen sich die Teilnehmer im Internet – und Schulze erschien aus Berlin auch im Landeshaus auf den Bildschirm. Mehr zur BSPC auf Seite 31.



Das Marinemusikkorps Kiel ist seit Jahren regelmäßiger Gast im Landtag. Mitte September spielte das Orchester unter der Leitung von Fregattenkapitän Friedrich Szepansky für rund 50 Gäste auf der Wiese vor dem Plenarsaal – corona-bedingt als Kammerensemble mit 20 anstatt der üblichen 50 Musiker.



Gabriele Brakebusch, Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt, übergab Mitte September den Staffelstab für die Landtagspräsidentenkonferenz (LPK) an ihren Kieler Amtskollegen Klaus Schlie. Schleswig-Holstein hat seit dem 1. Juli für ein Jahr die Leitung der LPK und auch der Landtagsdirektorenkonferenz inne.



Vier Badeanzüge aus der Zeit um 1900 waren im Sommer Teil der Ausstellung „Badesaison!“ über Schleswig-Holsteins Seebäder. Einige der Textilien aus Travemünde sind wohl nie mit Meerwasser in Kontakt gekommen – denn damals konnten schätzungsweise nur drei Prozent der Menschen schwimmen.

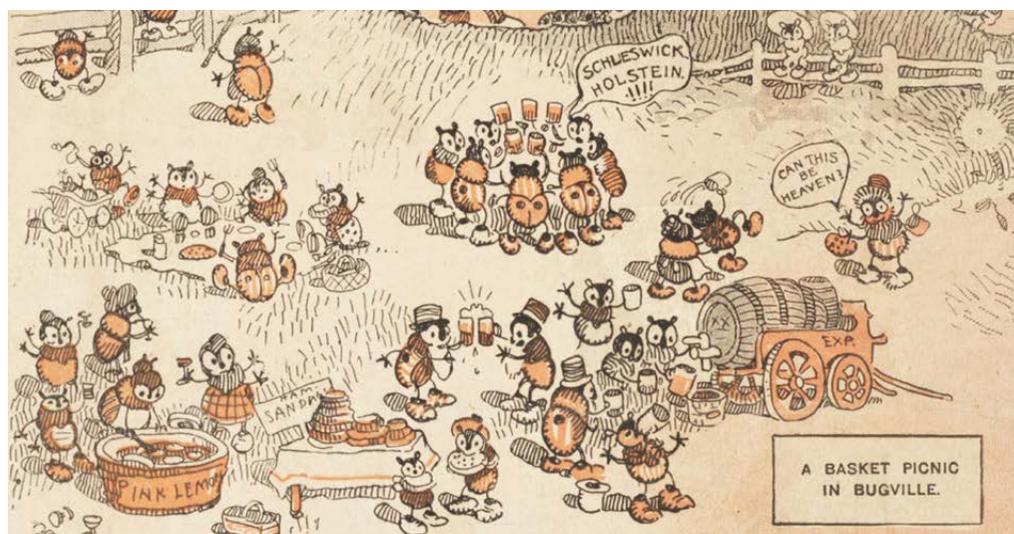
# Termine, Termine, Termine ...

## Politik und Musik im Duett

Die für März geplante und wegen der Corona-Pandemie verschobene Auftaktveranstaltung der Reihe „Philharmonische Debatten“ wird am 1. Dezember um 19 Uhr nachgeholt. Unter dem Motto „Ein Rund und viele Stimmen: das Parlament – ein Orchester?“ geht es im Plenarsaal um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Politik und

Musik. Der Landtag und das Philharmonische Orchester Kiel laden zu einem „Gesprächskammerkonzert“, unter anderem mit Landtagspräsident Klaus Schlie und Generalmusikdirektor Benjamin Reiners.

**Anmeldung unter:**  
[anmeldung@landtag.ltsh.de](mailto:anmeldung@landtag.ltsh.de)



Ein Ausschnitt aus „Latest News from Bugville“ von Gus Dirks aus dem Jahr 1901.  
Die Käfer in der Mitte heben ihr Glas auf „Schleswig Holstein“.

## „Katzenjammer Kids“ und Werner: Comic-Kultur im Landeshaus

**Die schleswig-holsteinische Comic-Kultur ist Gegenstand einer Ausstellung im Herbst und im Winter.**

Der langnasige Motorradfahrer Werner und sein Erfinder Brösel sind seit Jahrzehnten überregional bekannt, zudem gibt es junge Talente im Norden, die ihre Werke beispielsweise im Kieler Magazin „Pure Fruit“ veröffentlichen. Und: Der Erfinder der „Katzenjammer Kids“, Rudolph Dirks, kam aus Heide. Die „Kids“ mit ihrem turbulenten Familien-

leben erscheinen in den USA durchgehend seit 1897, und sie haben den modernen Comic mitgeprägt. Auch Rudolphs Bruder Gus Dirks zeichnete Bildergeschichten. Die Ausstellung „Comic-Kult(ur)“ ist Teil der Reihe „Kulturland Schleswig-Holstein“, die der Landtag gemeinsam mit der Investitionsbank IB.SH ausrichtet. Partner sind „Pure Fruit“ und die Museumsinsel Lüttenheid in Heide. Die Ausstellung ist vom 5. November bis 10. Januar täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, lediglich der Personalausweis ist erforder-

### Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Herbst wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

**Di., 20. Oktober: Heide**  
**Do., 5. November: Lübeck**  
**Di., 17. November: Heide**  
**Do., 3. Dezember: Lübeck**  
**Di., 15. Dezember: Heide**

Termine in **Heide** im Bürgerhaus, Neue Anlage 5, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 16:00 Uhr.

Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240.

**Aktuelles unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), Rubrik „Beauftragte“**